Einzelpreis 60 Pf.

Volksstimme

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 861. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 36.00 Mark, monatlich 12.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 33.75 Mark, monatlich 11.25 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 36.90 Mark, monatlich 12.30 Mark. — Anzeigengebühr: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.50 Mark, auswärts 3.50 Mark, im Reklameteil Zeile 9.00 Mark, auswärts 13.00 Mark. Vereinskalender Zeile 2.00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postscheckkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 63. Magdeburg, Mittwoch den 15. März 1922. 33. Jahrgang.

Hoffnung auf Amerika.

Die Note des Staatssekretärs Hughes über das Fernbleiben von Genua, die unsern Lesern aus einer kurzen Besprechung bekannt ist, wird in einer so klaren und eindeutigen Weise motiviert, daß sie wohltuend absticht von den advokatorischen Sprachverrenkungen der französischen und englischen Staatsmänner. Wie überhaupt die Regierung der Vereinigten Staaten seit der Beseitigung des übertölpelten Wilson an Stelle seiner professoralen Phrasenhaftigkeit eine — selbstverständlich kapitalistische — geradlinige Politik betreibt. Rathenau hat, kurz vor dem Eintreffen der amerikanischen Absagenote, in einigen Sätzen die „Hoffnung auf Amerika“ bei denjenigen erweckt, oder neu belebt, denen die materiellen, finanzpolitischen und parteipolitischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten nur oberflächlich bekannt sind, aber es wäre falsch, ihn nun als falschen Propheten und mangelhaft unterrichteten Staatsmann anzusprechen. Die Hoffnung auf die finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten zur Rettung Europas darf weiter bestehen, nicht wegen des guten Herzens der Leute von Wallstreet, des Börsenviertels von Neuyork, sondern wegen der Notwendigkeit, damit allein die eignen Schwierigkeiten überwinden zu können.

Die Aeußerungen der Note über Genua und die ganz ungewöhnliche Art, in der Boyden, der amerikanische Horchposten bei der gestern erwähnten und besprochenen Konferenz der Verbandsfinanzminister, die Rückzahlung der Kosten für das amerikanische Besetzungsheer am Rhein im Betrag von 966 Millionen Goldmark nebst Zinsen geltend machte und sofortige Zahlung von 240 Millionen verlangte, bedeuten nichts andres, als daß die französische Regierung veranlaßt werden soll, die Bahn einer vernunftgemäßen Politik gegen Deutschland einzuschlagen. Alle Schritte der Hardingschen Politik, ihr Fernbleiben von den europäischen Konferenzen und der Inhalt ihrer Noten, sind eingegeben von dem Gedanken, daß der Gesundung der Weltwirtschaft die Gesundung des europäischen Denkens vorangehen muß. Und die Politik der Vereinigten Staaten wird Europa gegenüber so lange untätig bleiben,

solange Frankreich von Leuten dirigiert

wird, die Weltpolitik in der Art von Winkeladvokaten betreiben, die den Prozeßgegner bis zum Weißbluten aussaugen wollen.

Ist die Erfüllung der Hoffnung auf Amerikas finanzielle Hilfe in erster Linie von einer Wandlung der politischen Einstellung Europas abhängig, so nicht minder von der Gestaltung der Dinge in den Vereinigten Staaten selbst. Die große Republik des Westens ist dem deutschen Volk immer noch ein unbekannte Welt. So ist es denn nicht verwunderlich, daß wir die Vorgänge in den Vereinigten Staaten durch die europäische Brille betrachten und den Weltlauf nicht vom amerikanischen Standpunkt aus beurteilen können. Bei der innigen Verflechtung welt- und wirtschaftspolitischer Interessen kann man ein annähernd richtiges Urteil überhaupt nur aus der politischen Vogelperspektive erlangen. Es ist deshalb eine kleine Schrift von Max Schippel: „Amerikas Wirtschafts- und Finanzlage und die Wiederaufrichtung Europas“ (Verlag Ferd. Enke, Stuttgart, Preis 4 Mark) zu begrüßen, weil sie als eine Art Einführung in die Erkenntnis der amerikanisch-europäischen Wechselbeziehungen anzusehen ist. Beziehungen, die durchaus jenseits von Gut und Böse stehen und die nur verständlich werden, wenn man sie im Sinne der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung auf ihre materiellen und ökonomischen Triebkräfte zurückführt.

Schippel geht von dem Unterschied aus, zwischen der auch in Europa bestehenden ungeheuern Bereicherung einzelner Unternehmungen und der finanziellen Belastung der Staaten. In den Vereinigten Staaten erreicht die für die Verzinsung der Staatsschulden erforderliche Summe von einer Milliarde Dollar bereits den Betrag der Summe aller Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1914; im Etatsjahr 1922 dürfte sie sich um 4 bis 5 Milliarden Dollar bewegen. Nach den Mitteilungen des Schatzsekretärs Mellon belief sich die gesamte Staatsschuld am 31. März 1921 auf rund 24 Milliarden Dollar. Allerdings stehen dem 10 Milliarden überparitätische Golddollar an Forderungen an die europäischen Alliierten gegenüber, für die weder Zinsen bezahlt werden, noch Aussicht auf Rückzahlung besteht, wenn sich Europa nicht finanziell und wirtschaftlich regeneriert! Hieraus erklärt sich das Drängen der Vereinigten Staaten,

die Reparationsfrage nicht auszuschalten,

sondern in den Vordergrund der Konferenzen zu stellen.

Schippel sagt mit Recht: „Die Zeiten, wo die Finanzleitung in Washington mit vollen Händen schöpfen und spenden konnte, sind längst vorbei. Auch ihr sind die Hände ganz anders gebunden wie jemals früher. Für sie war der Krieg die denkbar schwerste Belastungsprobe, deren Nachwirkungen nicht so bald erlöschen werden.“ So wird die Ablehnung des im Januar 1921 von England gestellten Verlangens, die durch den Krieg verursachten Schulden der Alliierten zu streichen, ohne weiteres verständlich. Dazu gesellt sich noch die durch übermäßige Kreditgewähr der Banken und den steten Goldzufluß bewirkte Inflation. Die zur ausgedehntesten Kreditgewährung führende Kriegspsychose ist verebbt, wie der niedrige Stand der Staatsanleihen erweist, und privatwirtschaftliche Erwägungen haben dafür Platz gewonnen. „Die beispiellose plötzliche Umwandlung aus einem Schuldner- in ein Gläubigerland hat das Ausland vorwiegend als Kriegsschuldner näher gerückt, damit aber keinesfalls empfohlen, sondern eher in Verruf gebracht.“

Solchen hemmenden Momenten finanzieller Hilfe stehen jedoch auch fördernde gegenüber: die Einschrumpfung des Inlandmarktes, das Sinken der Ausfuhr nach den valutaschwachen Ländern, die zunehmende Spannung zwischen dem überparitätischen Dollar und den unterwertig gewordenen Währungen der europäischen Länder. Schippel belegt sie mit Zahlen. Nach den Angaben des Handelssekretärs Herbert Hoover war die amerikanische Produktion von Weizen mit 20 Prozent, die von Baumwolle mit 60 Prozent, die von Kupfer mit 75 Prozent auf den Export angewiesen. Wenn trotzdem der Finanzplan des Präsidenten der National City Bank von 1921 nicht zur Durchführung kam und auch neuerdings der Plan des Senators Owen auf Gründung einer „Europa-Bank“ noch nicht zur Wirklichkeit werden dürfte, so treibt die Logik der wirtschaftlichen Tatsachen doch dahin, die Vereinigten Staaten in ihrem Eigeninteresse zur finanziellen Aufrichtung Mitteleuropas zu veranlassen. Dies wird um so eher geschehen, je eher die Politik Frankreichs gezwungen wird, sich auf weltpolitische Gesichtspunkte einzustellen, und je mehr Europa und Deutschland den Willen und die Kraft zeigen, von sich aus an der Aufrichtung der Weltwirtschaft mitzuwirken.

Von dieser Erkenntnis aus erscheint die auch von der Sozialdemokratie vertretene „Erfüllungspolitik“ als die unerläßliche Vorbedingung der Umsetzung der „Hoffnung auf Amerika“ in die Tat. *X. Y. Z.*

Das Reichsmietengesetz gefährdet?

Dem organisierten Hausbesitz ist wegen der Annahme des Reichsmietengesetzes ein gewaltiger Schrecken in die Glieder gefahren. Ein ganzes Schimpfregister wird in Versammlungen und in der Presse über Reichstag und Reichsregierung losgelassen; ein Zeichen dafür, daß die Linksparteien gut beraten waren, als sie schließlich in der Endabstimmung — trotz mancher schweren Bedenken — doch für das Gesetz eintraten.

Jetzt versuchen es die Vertreter des Boden-, Haus- und Hypothekenkapitals, auf den Reichsrat dahin einzuwirken, daß er gegen das Gesetz Einspruch erhebt, weil es „verfassungswidrig“ sei, da es in das Eigentumsrecht eingreife. In Berlin fand am Sonntag eine Kundgebung von „Hausbesitz, Handel, Handwerk und Gewerbe“ statt, um gegen deren „Entrechtung“ zu protestieren; ferner tagte gleichzeitig der Zentralvorstand der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine, um den Kampf gegen das Gesetz zu organisieren. Zum Ueberfluß wurde zum Montag der Vorstand des deutschen Schutzverbandes für Grundbesitz einberufen, um den „Gnadenstoß“ gegen das Gesetz zu führen. Weiter wurde der Reichspräsident in einer langen Eingabe von den Hausbesitzern aufgefordert, das „verfassungswidrig zustandegekommene“ Gesetz nicht zu verkünden.

Um das Maß der Demagogie voll zu machen, bringt die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ am 9. März (Nr. 10) die Lügenmeldung, der Bund deutscher Mietervereine habe in einer Entschließung an den Reichstag das Reichsmietengesetz für unannehmbar erklärt. Genau das Gegenteil davon ist Wahrheit! Weniger egoistisch als manche Hausbesitzer haben sich die Mieter mit dem Reichsmietengesetz einverstanden erklärt, trotzdem es den Mietern ganz bedeutsame Lasten aufbürdet. Den Hausbesitzern kann nur dringend geraten werden, die Kirche im Dorfe zu lassen, sie können mit dem, was ihnen das Reichsmietengesetz gebracht hat, vollauf zufrieden sein. Es gibt andre Kapitalistengruppen — die reinen Geldrentner! —, denen es wirklich viel schlechter ergangen ist als dem Hausbesitz. —

Erhöhung der Beamtengehalte.

Nach sehr langen Verhandlungen ist zwischen Regierung und dem Zwölfer-Ausschuß der Beamten ein Kompromiß zustande gekommen, der eine Erhöhung der Gehalte in der unten angeführten Weise bringt. Die oberste Gehaltsklasse und die Einzelgehalte sind bei der Heraufsetzung der Gehalte nicht berücksichtigt worden. Auch von der Deckungsfrage wurde bei den Verhandlungen gesprochen; denn man schätzt die nötigen Mehrausgaben auf 30 Milliarden Mark. Post- und Eisenbahntarife sollen entsprechend erhöht werden.

Die neuen Gehalte sollen mit Wirkung vom 1. April in Kraft treten. Die Frage, ob den Beamten noch im Laufe dieses Monats ein Vorschuß gezahlt werden kann, wird im Dreiundzwanziger-Ausschuß besonders beraten werden.

Aufsteigende Gehalte.

Aufrückungszeiten	Gruppe I Mark	II Mark	III Mark	IV Mark	V Mark	VI Mark	VII Mark
Anfangsgehalt	11 000	13 500	15 000	16 000	17 000	18 500	20 000
nach 2 Jahren	11 700	14 100	15 700	16 800	18 000	19 500	21 000
„ 4 „	12 400	14 700	16 400	17 600	19 000	20 500	22 000
„ 6 „	13 000	15 300	17 000	18 300	19 800	21 300	23 000
„ 8 „	13 600	15 900	17 600	19 000	20 600	22 100	23 800
„ 10 „	14 200	16 500	18 200	19 700	21 200	22 900	24 600
„ 12 „	14 800	17 000	18 800	20 300	21 800	23 600	25 400
„ 14 „	15 400	17 500	19 400	20 900	22 400	24 300	26 200
„ 16 „	16 000	18 000	20 000	21 500	23 000	25 000	27 000

Aufrückungszeiten	Gruppe VIII Mark	IX Mark	X Mark	XI Mark	XII Mark	XIII Mark
Anfangsgehalt	22 000	25 000	28 000	32 000	40 000	53 000
nach 2 Jahren	23 500	26 600	30 000	34 500	44 000	60 000
„ 4 „	25 000	28 200	32 000	37 000	48 000	67 000
„ 6 „	26 200	29 800	34 000	39 500	51 000	74 000
„ 8 „	27 400	31 400	36 000	42 000	54 000	80 000
„ 10 „	28 600	33 000	38 000	44 000	57 000	—
„ 12 „	29 800	34 500	40 000	46 000	60 000	—
„ 14 „	31 000	36 000	42 000	48 000	—	—
„ 16 „	—	—	—	—	—	—

Ortszuschläge.

Ortsklasse	14 800	14 800—16 500	16 500—19 800	19 800—22 900
A	3200	4000	4800	5600
B	2400	3000	3600	4200
C	2000	2500	3000	3500
D	1600	2000	2400	2800
E	1200	1500	1800	2100

Ortsklasse	22 900—30 000	30 000—40 000	über 40 000
A	6400	7200	8000
B	4800	5400	6000
C	4000	4500	5000
D	3200	3600	4000
E	2400	2700	3000

Anmerkung zu den Ortszuschlägen: Durch die neuen Gehaltsgrenzen stehen sich die im Endgehalt der Besoldungsgruppe III sowie die im Anfangsgehalt der Gruppe X stehenden Beamten günstiger als nach den bisherigen Ortszuschlägen.

Der verheiratete Beamte erhält also ein Grundgehalt, abgestuft nach Besoldungsgruppen. Jede einzelne Gruppe enthält eine Reihe Aufrückungsfristen je nach dem zurückgelegten Besoldungsdienstalter. Zum Grundgehalt kommt ein nach fünf Ortsklassen und der Höhe des Grundgehalts abgestufter Ortszuschlag. Von Grundgehalt und Ortszuschlag wird ein beweglicher Teurungszuschlag in prozentualer Höhe von insgesamt 25 Prozent gewährt. Dazu kommt weiter ein für alle Beamten ohne Unterschied fester Teurungszuschlag (Kopfzuschlag) in Höhe von 2500 Mark jährlich.

Für die Ehefrau wird eine für alle verheirateten Beamten gleich hohe Zulage von 1000 Mark pro Jahr gewährt. Während zu den Kinderzuschlägen ein Teurungszuschlag von 25 Prozent kommt, ist dies bei der Frauenzulage nicht der Fall. Für die etwa vorhandenen Kinder wird eine Kinderzulage von jährlich 1800 Mark, 2400 oder 3000 Mark je nach dem Lebensalter gezahlt. Diese Sätze erhöhen sich um den 25prozentigen Teurungszuschlag. In den Orten, wo die Arbeiter Ueberteurungszuschüsse erhalten, kommt für die Beamten eine widerrufliche Wirtschaftsbeihilfe zu den vorgenannten Bezügen hinzu, die sich nach der Höhe der den Arbeitern gewährten Ueberteurungszuschüsse richtet. Für je 10 Pfg. Ueberteurungszuschlag pro Stunde erhält der Beamte 250 Mark Wirtschaftsbeihilfe pro Jahr.

Die Gehaltsätze wurden erhöht um durchschnittlich 2500 Mark in Gruppe XII, um 3000 Mark in Gruppe XI, um 4000 Mark in Gruppe X, um 4250 Mark in den Gruppen I, II, III und VII, um 4500 Mark in den Gruppen IV, VIII und IX, und um 4750 Mark in den Gruppen V und VI. —

Sozialdemokratischer Sieg.

Die Zwickauer Stadtverordnetenwahlen vom 27. November 1921 wurden von den Deutschnationalen wegen angeblicher Wahlverstöße angefochten und schließlich für ungültig erklärt. Der wahre Grund für die Anfechtung der Wahl wird in der Tatsache zu suchen sein, daß den 18 bürgerlichen Stadtvätern ebensoviel sozialistische gegenüberstanden. Dieses Ergebnis hofften die Bürgerlichen zu ihren Gunsten korrigieren zu können.

Aber das Gegenteil trat ein. Bei der Wahl am Sonntag gewannen die Sozialisten ein Mandat. 17 Bürgerlichen stehen jetzt 19 Sozialisten gegenüber. Damit ist zum erstenmal die bürgerliche Mehrheit in Zwickau gebrochen und ferner der Beweis erbracht worden, daß es auch in der heutigen Zeit den sozialistischen Parteien möglich ist, sich gegen den bürgerlichen Generalansturm erfolgreich zu behaupten. Die Stimmen und Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Sozialdemokraten	12 281	Stimmen,	12	Mandate
Unabhängige	4 691	„	4	„
Kommunisten	3 083	„	3	„
Deutschnationale Volkspartei	6 190	„	6	„
Deutsche Volkspartei	6 294	„	6	„
Demokraten	5 844	„	5	„

Die sozialistischen Parteien haben gegenüber der letzten Wahl 853 Stimmen und die Bürgerlichen 64 Stimmen gewonnen. Die Mandatsverteilung hat sich dadurch geändert, daß die Demokraten je einen Sitz an die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten abgeben mußten. —

Noch mehr Geschenke?

In politischen Kreisen geht das Gerücht, daß der in der Weinangelegenheit des Ministers Dr. Hermes vielgenannte Winzerverband für Saar, Mosel und Ruwer mit dem Sitz in Trier nicht nur eine Sonderzuckerzuweisung von 6000 Zentnern erhalten hat, sondern daß er auch in jener Zeit, in der die Affäre spielt, aus irgendeinem dem Reichsernährungsministerium zur Verfügung stehenden Fonds auch finanzielle Unterstützungen in erheblichem Umfang bezogen haben soll.

Aufklärung nach dieser Richtung zu geben, ist dringende Aufgabe des Reichsernährungsministeriums und des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. —

Der Hunger in Deutschland.

Schon in der Aussprache über die Aufhebung der Zwangswirtschaft haben die sozialdemokratischen Redner im Reichstag darauf hingewiesen, daß der Erfolg dieser Maßnahme eine schnelle Annäherung der Getreidepreise an den Weltmarktpreis sein werde. Heute sind wir bereits so weit, ja die Getreidepreise hätten den Weltmarktpreis schon überschritten, wenn die Mark in den letzten Tagen nicht erheblich im Ausland an Wert eingebüßt hätte. Weizen, der unter der Zwangswirtschaft mit 65 Mark pro Zentner bezahlt wurde, ist auf 550 Mark gestiegen, und der Roggen, der 75 Mark kostete, steht mit fast 500 Mark pro Zentner im Preise. Die in einem Jahr eingetretene Steigerung beträgt also rund das Achtfache. Zahlreiche Landwirte und Händler rechnen mit einem weitern Steigen, desgleichen mit einer weitern Verschlechterung der Valuta; denn dafür spricht die Tatsache, daß das Getreide der neuen Ernte schon jetzt angekauft und mit Preisen bezahlt wird, die um 300 bis 500 Mark pro Zentner höher stehen. Geht die Entwicklung so weiter, so ist damit zu rechnen, daß das Vierpfundbrot im neuen Erntejahr annähernd 50 Mark kostet.

Ein Pfund Brot kostet dann 12,50 Mark!

Eine derartige Steigerung des Brotpreises würde Millionen deutscher Invaliden-, Alters-, Unfall- und Kriegsrentner dem Verhungern näherbringen, zahlreiche Arbeiter, Angestellte und Beamte tiefer ins Elend sinken lassen. Hierüber aber machen sich die Agrarier keine Gedanken. Sie denken nicht an den Ruin der Volkskraft, wissen nur, daß auf dem Nahrungsmittelmarkt eine große Nachfrage vorhanden ist, der ein kleineres Angebot gegenübersteht, und daß Deutschland keine Geldmittel hat, um das überflüssige Getreide in Amerika und Australien zu kaufen. Sie nutzen also ihre Monopolstellung aus, unbekümmert, ob die Alten verhungern, ob die Jungen vorzeitig siech werden und rachitische Kinder geboren werden.

Was kann getan werden, um dieser gefahrdrohenden Entwicklung Einhalt zu gebieten? Das ist die bange Frage, die bald den Reichstag beschäftigen muß.

Es können die geschlossenen Kaufverträge auf die kommende Ernte durch Verordnung und Gesetz für ungültig erklärt werden. Das hat aber dann nur die gewollte Wirkung, wenn zugleich ein Höchstpreis festgesetzt wird. Aber auch mit Höchstpreisen auf Getreide ist nichts zu erreichen, denn der Landwirt ist dadurch nicht gezwungen, seine Vorräte zu verkaufen, und er würde es, wie wir ihn kennen, nicht tun. Große Mengen würden dann wieder in den Kanälen des Schleichhandels verschwinden und noch größere Massen von Getreide würden dann durch die Viehmägen gejagt. Es müßte also die Zwangswirtschaft für Getreide, Kartoffeln und Vieh wieder eingeführt werden. So angenehm auch die Erinnerungen an die Preise während der Zeit der Zwangswirtschaft waren: einen neuen Apparat für eine neue Zwangswirtschaft jetzt wieder aufzubauen, erscheint uns unmöglich. Auch darüber soll man sich nicht hinwegtäuschen, daß die Widerstände gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft ungemein groß, ja kaum überwindlich sind.

Es bleiben nur zwei Wege, die eingeschlagen werden können. Der erste ist:

das Umlagesoll,

das wir mit Mühe und Not erhalten haben, von 2½ Millionen Tonnen nicht nur beizubehalten, sondern es auf 4½ Millionen zu erhöhen. Das ist eine durchaus berechtigte Forderung, denn wenn ungünstige Witterungsverhältnisse nicht eintreten, dürfte in Rücksicht darauf, daß Düngung und Ackerbestellung besser vorgenommen würden als bisher, der Ernteausfall im neuen Erntejahr nicht unbeträchtlich das Ergebnis des letzten übersteigen. Wir verkennen durchaus nicht, daß die Betriebsunkosten der Landwirtschaft ebenfalls beträchtlich gestiegen sind; aber sie sind nicht in dem Maße gestiegen, daß Weltmarktpreise für Getreide berechtigt wären.

Weiter muß die Regierung versuchen,

im Ausland einen langfristigen Kredit

zu erhalten. Die fehlenden Mengen dürften auch bei erhöhtem Ernteergebnis mindestens noch 2 Millionen Tonnen an Roggen und Weizen betragen. Gelingt es, einen langfristigen Kredit zu bekommen und eine allmähliche Stabilisierung des Markkurses herbeizuführen, so daß der Inlandspreis auch des freien Getreides ganz wesentlich gedrückt würde, dann wäre damit die Monopolstellung der deutschen Landwirtschaft gebrochen. —

Blutige Zusammenstöße.

In Thüringen treibt der Jungdeutsche Orden sein Unwesen. Es ist der Ersatz für die in Thüringen verbotene Orgesch, arbeitet aber in engstem Einvernehmen mit den bayrischen Rechtsputschisten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die besonders in Südthüringen für Anschluß an Bayern betriebene Propaganda auf das Konto dieses Jungdeutschen Ordens setzt.

Die Leute des Jungdeutschen Ordens sind äußerst aggressiv, ganz besonders in jenen Gegenden Thüringens, wo die Arbeiterschaft den Leidensweg der Spaltung bis zu Ende gegangen ist: Unabhängige zerschlugen die Sozialdemokratie, Kommunisten freuten sich, als sie die Unabhängigen niedergerungen hatten, und schließlich zertrümmerten die Kommunisten den eignen Porzellanladen. So gibt es einst gut organisierte Gebiete im Thüringer Land — besonders um Gotha —, wo keine Arbeiterpartei mehr über einen wirklich guten Bestand verfügt.

Das ist der Boden, auf dem allein ein Fascistenklub wie dieser Jungdeutsche Orden, der verwandt und verschwägert ist mit unserm allerdings viel harmlosern „Stahlhelm", gedeihen kann. Der Jungdeutsche Orden fühlte sich denn im gothaischen Ländchen auch stark genug, um in der letzten Hochburg der Thüringer Kommunisten, der Stadt Gotha, einen „Gautag" abzuhalten, zu dem 4000 Teilnehmer erschienen, zum Teil bewaffnet.

Die Arbeiterschaft von Gotha verließ am Sonnabend mittag die Betriebe, um gegen das Treiben der Rechtsputschisten zu protestieren. Vor den Quartieren kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte gab. Die Polizei mußte von auswärts Verstärkungen heranholen. Der geplante Festzug ist verboten worden.

Wäre die Gothaer Arbeiterschaft einig geblieben, wäre der Jungdeutsche Orden nie zu solcher Bedeutung gelangt, daß Gegendemonstrationen gemacht werden mußten. —

Löbe über das Steuerkompromiß.

In einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Osnabrück führte der Reichstagspräsident Genosse Löbe unter anderm an, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion nur deshalb den Beitritt zu dem vorliegenden Steuerkompromiß beschlossen hat, weil die Demokraten und das Zentrum für die Erfassung der Sachwerte nicht zu gewinnen waren, in den Wochen vor Genua aber weder ein Regierungswechsel noch eine Neuwahl zum Reichstag herbeigeführt werden konnte.

Löbe selbst ist aber der Meinung, daß dieses Kompromiß nur eine Hinausschiebung der Lösung unsrer finanziellen Probleme bedeutet, denn der Ertrag der Zwangsanleihe ist weder für die Deckung unsers außerordentlichen Etats noch zur Verhinderung der weitern Inflation hinreichend. Spätestens im Herbste werde die deutsche Regierung wegen der riesigen Preissteigerungen und der damit verbundenen Gehalts- und Lohnerhöhungen vor demselben ungelösten Problem stehen.

Nur eine andre Reglung unsrer internationalen Verpflichtungen und ein wirkliches Opfer des Besitzes könnten uns aus diesem verheerenden Kreislauf herausbringen. —

Das Reichsgesundheitsamt.

Im Hauptausschuß des Reichstags entspann sich Montag bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern eine lebhafte Debatte über das Reichsgesundheitsamt. Die Unabhängigen beantragten ein selbständiges Reichsministerium für Volksgesundheit, während unsre Genossen eine Reichszentralbehörde für denselben Zweck durch Ueberführung des Reichsgesundheitsamts in das Reichsarbeitsministerium und seine Umgestaltung zu einem Verwaltungsamt forderten.

Minister Köster widersprach der Gründung eines Reichs-Gesundheitsministeriums und versprach, eine Denkschrift mit Revisionsvorschlägen zur Umorganisierung des Reichsgesundheitsamts dem Reichstag vorzulegen. Ferner teilte er mit, daß auf dem Gebiete des Gesundheitswesens eine ganze Reihe neuer Gesetze in Vorbereitung sind.

Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, Vorarbeiten für eine Umgestaltung der Schutzpockenimpfung im Sinne der Einführung der Gewissensklausel und der Haftpflicht des Reiches für nachgewiesene Impfschäden sowie der Aufhebung der Wiederimpfung zu treffen.

Bewilligt wurden: Zur Förderung der Bekämpfung des Typhus 750 000 Mark; als Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 2 Millionen; der gleiche Betrag für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die Kleinkinderfürsorge; 3 Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Beim Etatskapitel „Reichsarchiv" äußerten die Abgeordneten Dr. Braun (Soz.) und Dr. Moses (Unabh. Soz.) größtes Mißtrauen gegen die angeblich exakt historische Tätigkeit der Mitglieder des Reichsarchivs. Auf Angriffe des Abg. Cortius (Dt. Vp.) erwiderte Minister Köster, daß der Personalbestand des Reichsarchivs nur aus Gründen der Sparsamkeit eingeschränkt würde. Im übrigen verteidigte der Minister seine Maßnahmen gegenüber der Art und Weise, wie das Archiv in letzter Zeit seine Veröffentlichungen geschehen ließ.

Für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bewilligte der Ausschuß 40 Millionen Mark. —

Erhöhte Strafgelder.

Auf der Tagesordnung der Montagsitzung des Preußischen Landtags stand die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes. Die Vorlage bestimmt, daß die im Feld- und Forstpolizeigesetz festgesetzten Höchst- und Mindestbeträge für die Geldstrafen sowie die im § 6 des Gesetzes bestimmte Wertgrenze auf den zehnfachen Betrag erhöht werde. Ein Antrag Limbertz und Dr. Rosenfeld will die Wertgrenze auf den dreißigfachen und das Ersatzgeld auf den zehnfachen Betrag erhöhen. Abg. Liebknecht (Unabh. Soz.) unterstützt diese Forderung und beantragt im Fall ihrer Ablehnung, die Wertgrenze auf das Zwanzigfache zu erhöhen. Nach Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird beschlossen, daß das Ersatzgeld und die Wertgrenze auf den zehnfachen Betrag erhöht werden. Eine Entschließung des Landtags fordert eine

Reform des Gesetzes

und beschleunigte Vorlegung eines entsprechenden Entwurfs.

In zweiter und dritter Lesung wird dann die Vorlage über die Erhöhung von landrechtlich festgesetzten Geldbeträgen angenommen.

Kleines Feuilleton.

Eine Erfindung und ihr Schicksal.

Der kürzlich verstorbene Arzt Karl Ludwig Schleich erzählt in seiner Selbstbiographie „Besonnte Vergangenheit":

Es war um das Jahr 1890, als ich im Kreise Dehmel, Bierbaum, Hartleben, Ole Hansen, auch mit dem Polen Stanislaus Przybyszewski in Berührung kam, den wir immer den heiligen Psychologen nannten, einem Geniemenschen von erstaunlicher, [illegible] Geistigkeit à la Felicien Rops, [illegible] oder E. T. A. Hoffmann. Dieser hinreißend Chopin spielende Dichter zeigte mir einst seine wundervollen Kollegienhefte nach Waldeyer, dessen Hörer er war, worin sich prachtvolle Details von Gehirnzellen fanden. Ich sah sie durch. Alle meine schönen Bilder von [illegible] Präparaten und Hirnschnitten fielen mir wieder ein. Ich war wie versunken in diese mir einst so bedeutende Intimität kleinster Wunder. Plötzlich sprang ich hoch. „Stanislaus!" rief ich, „Mensch, die Nervenumgebung ist ein Klaviersaitendämpfer! Ein elektrisches Sordino, ein Regulierschaltapparat, ein Hemmungsregulator!" „Was? Himmel! Kreuzmillionen-Fis-Moll noch einmal! Bruder, sag es noch einmal. Er ist verrückt geworden. Oder es ist eine Erleuchtung!" Schnell setzte ich ihm die Möglichkeit auseinander, daß Nerven durch Einschaltung [illegible] Ströme abgedämpft werden könnten, daß Denken verbunden sei mit dem [illegible], und daß, wenn das richtig sei, man ja nur veränderte [illegible] zu spritzen brauche, um Gefühlsdämpfung oder Unempfindlichkeit beliebig künstlich zu erzeugen. Ich stürzte in mein Institut und habe in Gegenwart meines Assistenten [illegible] innerhalb einer halben Stunde durch Selbstimpfung verschiedener künstlicher Salzlösungen festgestellt, daß Wasser ein Schmerzerreger erster Klasse ist [illegible]. Daß diese Regung ausschaltbar ist, wenn man ⅒ Promille Kochsalz zusetzt und daß physiologische Kochsalzlösung das Gefühl läßt, wie es bei [illegible] ist, das war die Basis. Sehr bald ergab sich das eigentlich Entscheidende. Setzte man der ⅒-Promille-Kochsalzlösung Kokain zu, so ergab sich, daß alle [illegible] um das Mehrtausendfache erhöhen, wenn sie in geeigneter Kochsalzlösung enthalten sind. Damit war eigentlich die neue Schmerzbetäubung entdeckt. [illegible] Spritzen ausreichen. Alle so eingeschlossenen Gewebe, wie ich das an vielen Hunderten von Selbstexperimenten Schritt für Schritt erwies, waren für Stich, Druck, Kneifen, Schaben, Brennen absolut taub.

Das im Grunde genommen sehr einfache Prinzip habe ich dann in Tausenden von Fällen systematisch [illegible] angewandt und vermochte auf Grund einer allerdings nicht immer sehr einfachen Technik große Unterleibsgeschwülste, Knochen, Gelenke zu entfernen, Amputationen, Trepanationen, Augenenukleationen vorzunehmen ohne Narkose bei vollendeter Schmerzlosigkeit. Woher hätte ich, ein einfacher Arzt der Friedrichstraße, dieses immense Material nehmen sollen, wenn ich den Leuten Schmerzen gemacht hätte? In acht Tagen wäre ich boykottiert worden drei Meilen im Umkreis meiner Klinik. So aber sagte das Wunder einer dem andern, und die Menschen strömten mir zu. Wittkowski, Haupt, Immelmann, Kanthe, Nathanson, Dönitz und viele andre, die nicht meine Assistenten waren wie jene, können es mir bezeugen, daß ich die Wahrheit spreche. Wir haben täglich zwölf und mehr schmerzlose Operationen ausgeführt. Viele Hunderte ausländischer Aerzte waren in meiner Klinik zum Lernen. Veröffentlicht hatte ich bis dahin nichts.

So trat ich denn im April 1892 vollgerüstet auf dem Chirurgenkongreß an, mein Manuskript in der Hand. Vorher bat ich noch stolz meine junge Frau, mir meinen besten Rock zu reichen. „Wenn man eine so große Entdeckung verkündet," sagte ich selbstbewußt, „so muß man ein bißchen anständig aussehen." Meines Vaters Augen leuchteten vor den Triumphen, die sein Karl zu erwarten hatte, der's in der Medizin doch noch zu was Großem, [illegible] bringen würde, wie er ja immer gesagt habe. Die Reise ging los. Der Saal war überfüllt, als ich auf das Podium trat. In aller Gemütsruhe begann ich, ein Protokollant stenographierte. Gott sei Dank! Ich entwickelte Theorie und Praxis und schilderte das Erreichte. Der Präsident Bardeleben, ein Michelangeloscher Moseskopf, rückte schon mehrmals unruhig auf seinem Sessel und sah sich um. Als ich nun schloß: „So daß ich mit diesem unschädlichen Mittel in der Hand aus ideellen, moralischen und strafrechtlichen Gesichtspunkten es für nicht mehr erlaubt halte, die gefährliche Narkose da anzuwenden, wo dieses Mittel ausreichend ist," — da erhob sich ein Sturm — der Entrüstung, der mich beinahe umgeworfen hätte, so bestürzt war ich. Bardeleben läutete lange die Glocke. Als sich das Getöse einigermaßen gelegt hatte, sagte er: „Meine Herren Kollegen! Wenn uns solche Dinge entgegengeschleudert werden, wie sie in dem Schlußsatz des Vortragenden enthalten sind, dann dürfen wir von unserer Gewohnheit, hier keine Kritik zu üben, wohl abweichen, und ich frage die Versammlung: „Ist jemand von der Wahrheit dessen, was uns hier eben entgegengeschleudert worden ist, überzeugt? Dann bitte ich, die Hand zu erheben!" (Welch Nonsens, abstimmen zu lassen, ob eine neue Erfindung wahr ist oder nicht.) Es hat sich keine Hand erhoben! Ich trat vor das Podium. Ich wollte sagen: „Meine Herren! Bitte, sehen Sie sich die Sache an, ich kann Ihnen jeden Augenblick beweisen, daß die Dinge wahr sind. Ich habe nicht gelogen!" Ich rief: „Ich bitte ums Wort!" „Nein!!!" donnerte der alte Moses, Blitze unter den buschigen, grimmigen Augen mir entgegenschleudernd. Da zuckte ich die Achsel und ging. In den Zeitungen stand: „Der also Gekränkte verließ gedemütigt den Saal." Es war mir, als ich unten an der Terrasse stand, nur leid um den alten Mann, der so viel von dieser Stunde gehofft hatte, der Zeuge des ganzen Auftritts gewesen war, — mein Vater. Vor ihm stürzte ein einziger Arzt von den 800 Chirurgen mir nach, es war der alte Litthauer. Er sagte ganz entsetzt: „Junger Herr Kollege! Ich weiß nicht, ob Sie recht haben mit dem, was Sie erfunden, aber sollte das der Fall sein, so ist das, was sich hier eben abgespielt, das Unerhörteste, was sich je in der Wissenschaft zugetragen hat." Da kam mein armer, alter Vater. Siehe da, kreuzvergnügt, beinahe tänzelnd, die Stufen herab. „Vater!" rief ich aus. Er sagte: „Karl! Die Kerls sind ja ganz und gar verrückt! Komm, wir wollen zu Hiller gehen und eine Flasche Sekt trinken. Recht kriegst Du ja doch!" —

Theaterchronik. Die Freie Bühne in Hamburg, eine erst im vorigen Jahre gegründete Volksbühne, ist in Konkurs geraten. Es handelt sich um die Vereinigung von gewerkschaftlich organisierten Schauspielern, die aus dem Altonaer Stadttheater ausgeschlossen worden waren, unter Leitung von Dr. Arnold Czempin und Fräulein Marie Borchardt. — Dagegen wird in Berlin im Neuen Operettentheater eine Neuheit von dem berüchtigten Walter Kollo („Immer feste druff" usw.) aufgeführt, deren Hauptreiz darin besteht, daß die „Lady Chic" bis zum Schluß des 2. Aktes etwa zehnmal das Kostüm gewechselt hat. In einem Filmdrama mit dem herzzerbrechenden Titel „Ich hatte ihn so lieb" trägt die Heldin „22 verschiedene entzückende Toiletten erster Pariser Modehäuser" — was sich bei diesem Gegenstand ja gar nicht vermeiden läßt: waschechte Feindbundsware. Ob sich unsre teutschen Männer und Frauen dadurch vom Besuch dieses Filmes abhalten lassen? Schwerlich. Mit solchen Mitteln ist wenigstens doch was zu verdienen. Volksbühne? Hat sich was! — Pietro Mascagnis jüngste Oper „Der kleine Marat" ist mit den äußern Zeichen eines großen Publikumserfolgs in der Dresdner Staatsoper zum erstenmal in Deutschland aufgeführt worden. Das Textbuch behandelt die Französische Revolution in sentimental-reaktionärem Sinne. Der Komponist ist durch Richard Strauß und Schreker längst überholt. — Die Russen in Berlin haben bereits ihr zweites Kabarett aufgetan, das sich „Stehaufmännchen" nennt und nur erlesene Kunst — nicht wie unsre eignen derartigen Institute mehr oder weniger parfümierte Ferkeleien — bietet, die musikalisch, malerisch und dramatisch an alte Bauernüberlieferung anknüpft. —

kommen. Danach wird das Höchstmaß der polizeilichen Strafverfügungen wegen Uebertretungen auf 300 Mark erhöht. Die Vorschriften über die Haftstrafen bleiben unverändert. Die Höchstbeträge der als Zwangsmittel zur Durchführung obrigkeitlicher Anordnungen angedrohten Geldstrafen sowie die für das Verwaltungsstreitverfahren geltenden Kostensätze werden im Durchschnitt verzehnfacht.

Bei der fortgesetzten Debatte über den kommunistischen Antrag, der Sowjet-Regierung bedingungslos 20 Millionen Mark zur Linderung der russischen Hungersnot zur Verfügung zu stellen, gibt Abg. Campe (Dt. Vp.) den Kommunisten den Rat, die

russischen Propagandagelder

für diesen Zweck zu verwenden. Der Redner fordert Ueberweisung des Antrags an einen Ausschuß.

Abg. **Nuschke** (Dem.) steht der Tendenz des Antrags sympathisch gegenüber, bedauert aber die von den Antragstellern gewählte Form.

Abg. **Preyer** (dt.-natl.) erklärt, daß für seine Partei der Antrag unannehmbar ist, weil man annehmen muß, daß die Gelder zu kommunistischen Propagandazwecken verwendet werden.

Abg. **Cohn** (Unabh. Soz.): Mit dem Ziele des Antrags sind wir einverstanden. Der Ausschuß wird hoffentlich einen gangbaren Weg zur Verwirklichung finden. Es handelt sich hier um eine politische Aktion, und deshalb ist es falsch, den Weg der freien Liebestätigkeit zu empfehlen. Das deutsche und das russische Volk gleichen dem Blinden und dem Lahmen, die nur durch gegenseitige Hilfe vorwärts kommen können.

Nach einem Schlußworte des Abg. Meyer (Komm.) wird der kommunistische Antrag dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Der Hauptausschuß hat den Haushalt mit unwesentlichen Aenderungen genehmigt und eine Anzahl von Anträgen empfohlen, welche sich auf das Fach- und Fortbildungsschulwesen, auf die Förderung des Kunstgewerbes, auf die Regiearbeiten sowie auf die Verkehrsinteressen beziehen. Den Bericht des Ausschusses erstattet Abg. Pinkerneil (Dt. Vp.).

In der Debatte erklärt Abg. **Leidig** (Dt. Vp.): Das Reich muß bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen in Fühlung bleiben mit dem preußischen Handelsministerium. Eine in sich abgeschlossene preußische Wirtschaft wollen wir nicht haben. Mit Bewußtsein stellen wir uns mitten in die wirtschaftliche Gesamtorganisation des Reiches hinein. Verhindert werden muß das Aufkommen eines Reparationsgewinnlertums. Die Industrie muß wieder da anfangen, wo sie vor dem Krieg aufgehört hat, selbstverständlich unter Schonung der menschlichen Arbeitskraft.

Schluß gegen 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. —

Balkankonferenz.

In Belgrad wurde am Montag eine dreitägige Konferenz der „kleinen Entente“ beendet, die von Sachverständigen Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Serbiens beschickt war. Der Zweck der Zusammenkunft war, Klarheit über die Stellung zur Konferenz in Genua zu schaffen.

In der Resolution, die am Schlusse gefaßt wurde, ist die Rede davon, daß „volle Einmütigkeit“ besteht. Diese volle Einmütigkeit bezieht sich besonders auf die Forderung, daß keine Veränderung der Friedensverträge stattfinden darf. [illegible]atet also einen Sieg der französischen Richtung. Poincaré steht oder fällt mit dem Friedensvertrag von Versailles. Er hat ein großes Interesse daran, möglichst viele Bundesgenossen außerhalb Frankreichs zu besitzen.

Die Belgrader Tagung hat darum über den Balkan hinaus eine Bedeutung, weil sie als Hilfe für Poincaré zu bewerten ist. Der Tscheche Benesch ist offenbar in der Minderheit geblieben. —

Notizen.

Ein Aufruf zum 1. Mai. Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet einen Aufruf zum 1. Mai an die Arbeiter aller Länder, der gegen die internationale Reaktion gewendet ist und für den Weltfrieden eintritt. In dem Aufruf wird festgestellt, daß die Regierungen ihre feierlich gegebenen Versprechungen zunichte gemacht haben, und der Versailler Friedensvertrag, der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verwirklichen und ein neues Europa auf der Basis der gegenseitigen Völkerhilfe versprach, lediglich zu einer gesteigerten Verwirrung in Europa sowie zum Zusammenbruch der gesamten Produktion beitrug. Anläßlich dieser Tatsachen fordert der Internationale Gewerkschaftsbund auf, den internationalen Geist in den Massen immer mehr zu pflegen und zu stärken, um den Egoismus der Kapitalistenklassen zu brechen und ihrem nationalistischen und chauvinistischen Treiben ein Ende zu machen. —

Sondergesetze über die Arbeitszeit? Im Reichsverkehrsministerium waren Besprechungen über das Arbeitszeitgesetz mit besonderer Berücksichtigung des Entwurfs für die Eisenbahner. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten erhob Einspruch dagegen, daß schon jetzt, noch bevor das Parlament sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt, über besondere Bestimmungen verhandelt wird, und der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes gab die offizielle Erklärung ab, daß die Gewerkschaften gegen jedes Sondergesetz energisch Einspruch erheben müßten. Die Spitzenverbände traten zusammen, eine Klärung ist aber noch nicht erfolgt. Es wurde die Notwendigkeit betont, zwischen den Gewerkschaften und dem Ministerium eine Art Vertrag bis zum Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes zu schaffen, da bei der Eisenbahn die Fragen der Dienstzeit und der „Dienstbereitschaft“ sehr ungeklärt sind. Die Besprechungen werden fortgesetzt. —

Um das Streikrecht der Beamten. Nach Meldungen bürgerlicher Korrespondenten bereitet das Reichsministerium des Innern ein Gesetz bezüglich des Streikverbots für Beamte aus. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ dazu erfährt, ist die Meldung in dieser Form falsch. Wie Minister Dr. Köster bereits im Hauptausschuß des Reichstags erklärte, schweben in seinem Ministerium zurzeit Erwägungen über eine Aenderung des Beamtengesetzes in bezug auf das Streikrecht. Irgendwelche Beschlüsse sind aber noch nicht gefaßt worden. Das Ministerium hat sich noch nicht einmal für einen der verschiedenen zu diesem Thema gemachten Vorschläge entschieden. Alle Meldungen über zu erwartende Aenderungen des Beamtengesetzes beruhen also auf Kombinationen. —

Metallarbeiterstreik in Augsburg. Nach einer Meldung aus Augsburg ist dort in einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig beschlossen worden, am Mittwoch in den Streik zu treten. Die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsvereins der Metallarbeiter wollen sich ebenfalls an dem Streik beteiligen. —

Depeschen.

Die russischen Delegierten für Genua.

Wb. London, 14. März. Chamberlain erklärte im Unterhaus, die russische Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation auf der Genueser Konferenz aus Lenin, Tschitscherin, Krassin, Litwinow und elf andern Personen bestehen werde. Chamberlain erklärte weiter, die Abgeneigtheit der amerikanischen Regierung, an der Genueser Konferenz teilzunehmen, werde zu keiner Aenderung des Zeitpunktes der Konferenz führen.

Genua am 10. April.

Wb. London, 14. März. Reuter erfährt, daß die italienische Regierung ihre drahtliche Zustimmung zum 10. April als Eröffnungstag der Genuaer Konferenz gab. —

Poincaré geht nicht nach Genua.

Wb. Paris, 14. März. „Chicago Tribune“ meldet, Poincaré nehme infolge des Entschlusses der Vereinigten Staaten nicht an der Konferenz von Genua teil. Er habe endgültig beschlossen, der Konferenz nicht persönlich beizuwohnen. —

Beobachtungsposten in Genua.

Wb. London, 14. März. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington, daß die Vereinigten Staaten, wie verlautet, ihre Interessen inoffiziell auf der Genueser Konferenz schützen lassen werden. Auf Ersuchen des Präsidenten Harding werde der vormalige Präsident der National-City-Bank Vanderlip, als nichtamtlicher Beobachter für die Vereinigten Staaten an der Genueser Konferenz teilnehmen. Vanderlip, der am Sonnabend aus Amerika abfuhr, wird, wie die Zeitung meldet, Ende dieser Woche in London eintreffen. —

Die Kämpfe in Südafrika.

Wb. London, 14. März. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, ist seit Sonntag früh im Randgebiet eine große Schlacht mit den aufständischen Bergleuten im Gange, die, wie man erwartet, entscheidende Ergebnisse haben werde. Das Heer der südafrikanischen Regierung ist im Begriff, die Aufständischen einzuschließen. 2200 von diesen wurden gefangengenommen. Benoni, Dunswart und andre Ortschaften wurden von Regierungstruppen eingenommen. Rote Kommandos, die sich in und um Johannesburg aufhalten, werden von Batterien und Flugzeugen beschossen. —

das selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!

Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.

Wenig Arbeit — geringer Kohlenverbrauch größte Billigkeit!

Achten Sie auf diese Vorzüge und kaufen Sie nur Persil.

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,

auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 76 der Reichs-Gewerbeordnung wird in Uebereinstimmung mit der Gemeindebehörde für das gewerbsmäßige Verleihen von Gondeln, Booten und Kähnen zum Rudern auf den Gewässern des Polizeibezirks Magdeburg bis auf weiteres unter Abändrung des Absatzes 3 der Bekanntmachung vom 22. März 1894 — M. A. A. 71 — folgende Taxe für 1 Stunde oder kürzere Zeit festgesetzt:

1	2	3	4	5 Personen
3	4	6	8	10 Mark

Für jede weitere Person 1 Mark mehr. Kinder unter 14 Jahren zahlen die Hälfte. Eine Ueberschreitung der Taxe ist nach § 148,8 der Reichs-Gewerbeordnung strafbar.

Magdeburg, den 11. März 1922.

I A 3211/21 **Der Polizei-Präsident.**

Die Arbeiten zum Einbau von Straßensinkkasten nebst Anschlüssen und Hausanschlußleitungen sowie sonstige kleine Kanalisationsarbeiten im Rechnungsjahr 1922 innerhalb des gesamten Weichbildes der Stadt Magdeburg sollen vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen können vom Sekretariat der Tiefbauverwaltung, Spiegelbrücke Nr. 1/2, Zimmer 35, gegen Zahlung von 20.00 Mark bezogen werden.

Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis zum Verdingungstermin am Montag den 20. März 1922, vormittags 10 Uhr, an das Sekretariat der Tiefbauverwaltung, Spiegelbrücke 1/2, Zimmer 35, einzureichen. 30

Zuschlagsfrist 4 Wochen. **Der Magistrat.**

Die Arbeiten zur Pflasterung einer ca. 175,0 m langen Strecke der Straße „Am Hopfengarten“ sollen vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen können gegen Erstattung der vorgeschriebenen Gebühren vom Sekretariat der Tiefbauverwaltung, Spiegelbrücke 1/2, Zimmer 35, bezogen werden; desgleichen liegen dort Zeichnungen zur Einsicht aus.

Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind zum Verdingungstermin am Mittwoch den 22. März 1922, vormittags 11 Uhr, an das Sekretariat einzureichen.

Zuschlagsfrist: 4 Wochen.

30 **Magistrat. Tiefbauverwaltung.**

Bei uns sind **300 kg Kupfer gestohlen.**

Für die Ermittlung der Diebe u. Herbeischaffung des gestohlenen Materials setzen wir eine Belohnung von

2000 Mark aus.

4635

Maschinenfabrik Buckau

Aktiengesellschaft zu Magdeburg.

Nordhäuser Kautabak

garantiert rein Kentucky

Das Stück in unveränderter Größe und Qualität Mk. **2.75** inkl. Steuer u. Verpackung —

Bei Abnahme von 200 Stück an portofrei, Probesendung zu 50 Stück gegen Nachnahme. Lieferung erfolgt nur an Geschäfte, Kantinen usw.

Dorbritz & Sohn Kautabak-Fabrik

Nordhausen am Harz.

Herr A. Köwing, Gött. schreibt: Meine

Pickeln Mitesser

habe ich durch Schaumaufsätze von Obermeyer's Medizinal-**Herba-Seife** beseitigt. Zur Nachbehandl. ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drog.- u. Parf.

Etwas fehlerhafte

Monteur-Anzüge

Unterhos., Hemden, Kind.-Kleider, gr. Kleider, Dam.-Jacketts u. and. Garderobe zu ganz niedr. Preisen

Max Eckstein

Königshofstraße Nr. 5.

Herren- u. Damenräder mit u. ohne Gummi, auch Einzelteile, kauft und zahle reelle Preise. Jödicke, Wittenberger Str. 6. 6052

Hund entlaufen! Brauner Wachtelhund, auf den Namen **Tello** hörend. Wiederbringer oder wer über den Verbleib etwas mitteilen kann, hohe Belohnung. Kronprinzenstraße Nr. 12, I. oder Karlstr. 1, III. bei **Ohlrogge.** Tel. 7168

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, den Bewohnern des Hauses Krupstraße Nr. 21, den Vorgesetzten und den Kollegen der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Buckau meinen innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Dr. Köstlin für die trostreichen Worte am Grabe. 6038

Max Elze.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden beim Begräbnis unsrer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Mitbewohnern des Hauses, der Firma Gebr. Walter, dem Magdeburger Schauspielverein herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Wirth für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe. 604-

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Hermann Schmidt

Familie Wilh. Reichelt.

Standesamts-Nachrichten.

Die Magdeburger Standesämter sind geöffnet: 1. An den Wochentagen von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, Sonnabends von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. 2. An den auf einen Wochentag fallenden Feiertagen von 10 bis 11 Uhr vormittags nur für Totgeburten und Sterbefälle.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 14. März. Verw. Steueraufseher Marie Diedrich geb. Ostheeren, 81 J. Elfriede, T. des Photographen Otto Lüddemann, 3 J. Gesanglehrer Emil Buchwald, 68 J. Kohlenträger-Invalide August Hartung, 87 J. Oberingenieur Eduard Raths, 49 J. Arbeiter Otto Boesecke, 31 J. Kaufmann Artur Schulz, 21 J. Verw. Schlosser Marie Rögler geb. Lück, 58 J. Bauschüler Walter Rickert, 21 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. 14. März. Werner, S. des Strompolizei-Wachtmeisters Willi Lentsch, 6 M. Agnes, unehel., 2 T. Wwe. Marie Schinke geb. Poet, 71 J. Wwe. Marie Peter geb. Kaiser, 56 J. Rudi, S. des Kernmachers Kurt Schwabe, 2 M.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 14. März. Wwe. Henriette Brandt geb. Grüning, 80 J. Ruth, T. des Kaufmanns Paul Gräffel, 12 T. Wwe. Martha Neubauer geb. Wiepershagen, 60 J. Kranführer Gustav Rolle, 37 J. Auguste geb. Krause, Ehefrau des Reserve-Lokomotivführers Heinrich Krause, 34 J. Arbeiter-Invalide Karl Schmidt, 80 J. Wwe. Johanne Heinrich geb. Kabe, 79 J. Weibl. Totgeburt. Gustav, S. des Stadtputzers Hermann Würfel, 13 J. Maschinenputzer Friedrich Müller, 46 J. Franz, S. des verstorbenen Schuhmachers Franz Naumann, 8 J.

Todesfälle. 13. März. Charlotte geb. Stutterheim, Ehefrau des Privatmanns Johann Stairys, 62 J. Lehrer Rudolf Krüger, 49 J.

Dankfagung.

Allen Verwandten, Freunden und früheren Kollegen des Fabrikarbeiter-Verbandes, den Genossen der Sozialdemokratischen Partei, die an der Beerdigung meines Mannes teilgenommen haben, besten Dank. Besonders Dank Herrn Dr. Köstlin für die trostreichen Worte am Grabe. 6022

Frau Marie Fehse geb. Krickau.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange unsrer teuern Entschlafenen sagen wir allen Beteiligten nur auf diesem Wege unsern besten Dank. 6047

Magdeburg-N., den 14. März 1922.

Heinrich Freiberg und Angehörige.

Am Sonntag früh verstarb unerwartet nach langem Leiden meine liebe Frau, unsre gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante 6025

Berta Schreiber geb. Fricke

im 61. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen

Hermann Schreiber und Angehörige.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 4 Uhr von der Kapelle des Cracauer Friedhofs aus statt.

Montag vormittag 1/2 9 Uhr entschlief sanft und unerwartet unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schüler 6036

Gustav Würfel

im 14. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Wilhelm nebst allen Geschwistern.

Beerdigung Donnerstag nachm. 2 Uhr auf dem neuen Sudenburger Friedhof.

Sonntag abend starb nach langem Leiden meine liebe Frau, unsre gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Else Leuchte geb. Kämpf

im Alter von 33 Jahren.

Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigt dies tiefbetrübt an im Namen aller Angehörigen

Erich Leuchte.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 2 Uhr auf dem Neustädter Friedhof statt. 6031

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unsers lieben Entschlafenen, sagen wir allen, die ihm das letzte Geleit erwiesen, herzlichen Dank. Besonders Herrn Wirger für die schönen Worte am Grabe, den Vertretern des Fabrikarbeiter-Verbandes, des Sozialdemokratischen Vereins, des Gastwirts-Verbandes, der Einkaufs-Genossenschaft, den Bewohnern des Hauses Halberstädter Straße Nr. 108 sowie allen seinen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. 6042

Die trauernden Hinterbliebenen

Wwe. Wilhelmine Schulze und Angehörige.

Am 12. März verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater, der Invalide

August Hartung

im 87. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen

A. Kampe u. Frau.

Die Beerdigung findet am 15. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedrichstädter Friedhof statt. 6050

Gardinen-Zentrale

Kein Laden! Billigste Bezugsquelle! Kein Laden!

Fürstenufer 3, 1 Treppe

an der Strombrücke 625

1 Minute vom Alten Markt.

Direkt ab Werk Plauen

Künstler-Gardinen, Stores, Schleier-Gardinen

Vor der großen Preiserhöhung!

Eine 160prozentige Erhöhung fordern die Werke.

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten.

Diesdorf. Jungsozialisten. Mittwoch 8 Uhr bei Blume Besprechung der Bezirkskonferenz. [390

Burg. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag den 16. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Grand Salon". [1105

Arbeiter-Jugendvereine.

Diesdorf. Arbeiterjugend. Mittwoch 8 Uhr bei Blume Vortragsabend.

Kreis Wanzleben.

Anmeldungen zum Erholungsheim Altbrandsleben.

Das Walderholungsheim Altbrandsleben, das lungenschwachen und stärkungsbedürftigen Personen aus dem Kreise Wanzleben Erholung bieten soll, wird ihre Pforten am 1. Mai wieder öffnen, und zwar zu folgenden fünf Kurzeiten: 1. bis 29. Mai, 1. bis 29. Juni, 3. bis 31. Juli, 3. bis 31. August, 4. bis 30. September. Für die Kurzeiten sind 150 Mark zu zahlen.

Die Einrichtungen und Lage dieser Erholungsstätte sowie die bisherigen Kurerfolge sind im Kreise bekannt. Aufnahme finden wieder Frauen, junge Mädchen und Kinder. Anmeldungen sind in den Wohnorten beim Gemeindevorsteher anzubringen, der sie dann an die Geschäftsstelle des Walderholungsheims z. H. des Bürgermeisters Sonntag in Seehausen weitergibt. Die Anmeldungen sind möglichst bald zu bewirken. —

*

Klein-Ottersleben, 14. März. (Eine öffentliche Versammlung) veranstalten die Anhänger der weltlichen Schule am Mittwoch den 15. März, abends 8 Uhr, bei Schütze. Lehrer Rötscher (Magdeburg) spricht über „Warum brauchen wir eine weltliche Schule?". —

Unseburg, 14. März. (Eine Parteiversammlung) findet am Sonntag den 19. März, abends 7 Uhr, im Parteilokal statt. Landrat Genosse Hahn spricht über Kreisfragen. Auch Gäste haben Zutritt. —

Kreis Neuhaldensleben.

Parteikonferenz.

In der Delegiertenkonferenz, in welcher der 1. und 2. Bezirk des Kreises vertreten waren, wurden die Richtlinien unsrer Politik besprochen. Genosse Bernick wies in seinen Mitteilungen besonders auf die Schulfrage hin und forderte die Delegierten auf, in den einzelnen Orten unsre Anhänger vor der Abgabe ihrer Unterschrift für die konfessionelle Schule zu warnen. Allen Beeinflussungen der Kirche in der Schulfrage muß entgegengetreten werden. Der Beschluß des Parteivorstandes, die Arbeitsruhe am 1. Mai innezuhalten, muß überall zur Durchführung kommen. Notwendig ist ferner, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Kreises öfter zusammenkommen, um gemeinsam mit den Ortsgruppenleitungen alle Angelegenheiten zu besprechen. Um die Außenpolitik muß sich die Arbeiterschaft mehr kümmern. Die Reparations- und Steuerleistungen lasten schwer auf dem deutschen Volke. Die Erfassung der Sachwerte muß trotz des Steuerkompromisses kommen, das nur eine Abschlagszahlung bedeutet. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Löhne der Arbeiter den Teuerungsverhältnissen anzupassen. Lohnkämpfe können nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Arbeiter geschlossen hinten den Gewerkschaften stehen. In gemeinwirtschaftlichen Betrieben muß mit der größten Verantwortung gearbeitet werden. Die demokratische Republik muß von der Arbeiterschaft gestützt werden. Weil eine rein sozialistische Regierung jetzt nicht möglich ist, müssen wir in einer Koalitionsregierung mitarbeiten.

Genosse Fritz Fischer sprach dann über Jugend und Frauenbewegung. Die Frauenbewegung hat in unserm Kreise beachtenswerte Fortschritte gemacht. Die Frauen müssen aber noch viel mehr den sozialistischen Gedanken aufnehmen. Die Wohlfahrtspflege muß ein besonderes Gebiet für die Frauen werden. Die Jugendbewegung hat unter denselben Widerständen zu leiden wie die Frauenbewegung. Die zu Ostern schulentlassene Jugend muß an allen Orten für die Arbeiterjugend gewonnen werden. In der Aussprache wies Genosse Fabian (Magdeburg) auf die Schwierigkeiten hin, die den Genossen in öffentlichen Aemtern gemacht werden, leider auch manchmal von den eignen Parteigenossen. Ebenso bedauerlich ist es, daß die Arbeiterpresse von der Arbeiterschaft nicht genügend unterstützt wird. Eine ganze Anzahl liest immer noch bürgerliche Blätter, das muß aufhören. Durch die ungeheure Papierpreisverteuerung ist vom 1. April an eine Bezugspreiserhöhung notwendig. Eine rührige Agitation für die „Volksstimme" muß einsetzen. Genosse Elteste machte dann Ausführungen zur Maifeier und zur Jugend- und Frauenbewegung auf dem Lande. Genosse Matthies forderte zu eifrigen Werbung unter den im Wirtschaftsleben stehenden Hand- und Kopfarbeitern und in den Kreisen des Mittelstandes auf.

Im Schlußwort ging Genosse Bernick noch näher auf die Frauenwerbung ein. Nach Ostern wird eine Frauenkonferenz im Kreise stattfinden, ebenso eine Jugendkonferenz. Auch in der Landverteilung, besonders aus den preußischen Domänen muß Abhilfe geschafft werden. In die Amtsstuben, in denen noch reaktionäre Beamte herrschen, muß endlich ein frischer demokratischer Zug hineinkommen. Wir müssen energisch verlangen, entsprechend unsrer Stärke als Koalitionspartei in amtlichen Stellen vertreten zu sein. Genosse Feldmann gab bekannt, daß Genosse Dr. Karsen (Berlin) am 21. März in einer öffentlichen Versammlung in Neuhaldensleben, bei Herzog, und am 22. März in Althaldensleben, bei Petri, über Schulfragen sprechen wird. Die Vertreter gingen auseinander mit dem Bewußtsein, neue Kraft geschöpft zu haben für die Arbeit im Dienste des Sozialismus. —

*

Neuhaldensleben, 14. März. (Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten) hielt am Dienstag seine Monatsversammlung ab. Gauvorsitzender Röber (Magdeburg) hielt einen Vortrag über die wichtigsten Fragen der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge und kritisierte besonders die ungenügenden Maßnahmen der Regierung für die Kriegsopfer zur Ueberwindung der Teurung. Er schilderte die Verhandlungen wegen Aufbesserung der Bezüge und behandelte ausführlich die Vorschläge des Reichsbundes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und die Tätigkeit der Wohlfahrtsämter. An der Aussprache beteiligten sich Stadtrat Preuß und Frau Otto. Nach der Wahl des Vorstandes und eines Delegierten zum Kreistag wurde nochmals auf den vom Kreis einzurichtenden Zuschneidekursus sowie auf die Gewährung von Beihilfen anläßlich der Konfirmation hingewiesen. — Nachträgliche Provinzialsteuer. Für den Kreis Neuhaldensleben beträgt das umlagefähige Soll der Realsteuern 434 561 Mark und der darauf entfallende Betrag Provinzialsteuer nach dem Satze von 75 Prozent 325 920 Mark. — Die neuen Wasser- und Elektrizitätspreise. Für jedes Kubikmeter Wasser, das der Messer im Laufe eines Haushaltjahres als entnommen anzeigt, sind an Wassergebühr zu zahlen für das 1. bis 500. Kubikmeter 2,20 Mark, 501. bis 2000. Kubikmeter 2,10 Mark, 2001. bis 4000. Kubikmeter 2 Mark, für jedes mehr entnommene Kubikmeter 1,60 Mark. Für die Benutzung des Wassermessers sind zu entrichten für einen 20 Millimeter starken Wassermesser monatlich 2,20 Mark, für 25 Millimeter 2,50 Mark, 40 Millimeter 3 Mark, 50 Millimeter 7 Mark, darüber hinaus monatlich 20 Mark. Als Mindestbetrag sind vor dem Eigentümer jedes angeschlossenen Hauses 6,60 Mark monatlich außer der Wassermessermiete zu zahlen. Die neuen Sätze treten am 1. April in Kraft. Die Elektrizitätspreise stellen sich für jede Kilowattstunde für Lichtzwecke auf 5,50 Mark, für Kraftzwecke auf 4 Mark. Sämtliche Bestimmungen des Ortsstatuts bleiben unverändert bestehen. Diese Sätze treten ebenfalls am 1. April in Kraft. —

Sozialdemokratischer Verein Burg.

Am Donnerstag den 16. März, abends 8 Uhr, im „Grand Salon"

Mitgliederversammlung | Vortrag des Genossen K. Blum

Es ist Pflicht der Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. —

Kreis Wolmirstedt.

Samswegen, 14. März. (In der Landarbeiterversammlung,) die gut besucht war, wurde der Bericht von der Kreiskonferenz entgegengenommen und die Beschlüsse gutgeheißen. Es wurde darüber geklagt, daß die agitatorischen sowie die organisatorischen Arbeiten im Kreise an der ungenügenden Mithilfe der Arbeitskollegen leiden. Wenn jeder mitarbeitet, wird auch die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter gebessert werden können. Welche Arbeit im Verband zu leisten ist, wissen die Funktionäre zur Genüge. Es müssen also nicht nur die Führer, sondern alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen, die es mit ihrer wirtschaftlichen Lage ernst nehmen, auf dem Posten sein. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind auch für Samswegen tariflich geregelt. Die Landarbeiterschaft hat aber die Zipfelmütze über die Ohren gezogen; deshalb pfeifen die Arbeitgeber auf die Bedingungen. Sie wenden alle Mittel an, um ihre Arbeitnehmer von der Organisation fernzuhalten. Durch Versprechungen und durch die Gläubigkeit lassen sich die Arbeiter von den Unternehmern betören und schädigen sich jährlich um ansehnliche Summen, und merken bei ihrer Gleichgültigkeit nicht, daß sie sich durch festen Zusammenschluß, also durch die paar Mark Wochenbeitrag im Verband, ein weit höheres Lohneinkommen sichern könnten. Folgendes Beispiel beweist, was von den Zusagen der Arbeitgeber zu halten ist, und wie manche von ihnen Verträge innehalten. Der Landwirt Studte warf zwei Landarbeiter, die ihre tariflichen Rechte durch die Organisation geltend machten, aus nichtigen Gründen einfach auf das Straßenpflaster mit dem Bemerken: Wenn ihr aus dem Verband 'rausgeht, werde ich euch weiter beschäftigen. Der Verband wird dem Arbeitgeber klarmachen, daß auch für diesen Unternehmer der Tarif Gültigkeit hat. Die Machenschaften einzelner Agrarier, den Tarif zu sabotieren, werden sich die Landarbeiter unter keinen Umständen gefallen lassen. Der Macht- und Herrenstandpunkt ist durch den Abschluß des Tarifvertrags in der Landwirtschaft gebrochen. Die Arbeitgeber müssen sich endlich daran gewöhnen, die tariflichen Löhne zu zahlen, anstatt die Arbeiter auszusperren. Das Auftreten der Arbeitgeber müßte die Landarbeiter endlich erkennen lassen, daß ihre Rechte nur wirksam vertreten werden können, wenn sie sich alle organisieren. Geschieht das, dann werden solche Mißstände schnell beseitigt werden können. Noch ist es nicht zu spät. Landarbeiter schließt euch jetzt zusammen im Deutschen Landarbeiterverband! —

Wolmirstedt, 14. März. (Wegen einer schönen Tänzerin) kam es bei einem Tanzvergnügen zu Streitigkeiten, die vor dem Lokal zu Tätlichkeiten ausarteten. In dem Durcheinander der Schlägerei wurde auch ein Revolverschuß abgefeuert, der einen Arbeiter am Bein verwundete. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 14. März. (Mieterversammlung.) Der 1. Vorsitzende des Provinzialverbandes der Mietervereine, Genosse Jänisch (Magdeburg) sprach über „Mietzinssteigerung, Wohnungsgesetzgebung und Reichsmietengesetz". Einer Durchbrechung der Wohnungszwangsbewirtschaftung ist vorläufig durch das Reichsmietengesetz auf 4 Jahre ein Riegel vorgeschoben. Als Hilfsmittel für den Neubau von Wohnhäusern ist das Mietsteuergesetz anzusehen. Als Mietsteuer werden in kurzer Zeit 50 Prozent auf die Friedensmiete zu zahlen sein, um Neubauten herstellen zu können. Auf Anregung des Deutschen Mieterbundes sollte sich diese Mietsteuer nach dem Einkommen der Personen staffeln. Durch die für die minderbemittelte Bevölkerung ungünstige Zusammensetzung des Reichstags war es nicht möglich, diese Anregung Gesetz werden zu lassen. Das Mitbestimmungsrecht der Mieter bei allen Fragen für die Allgemeinheit fand den schärfsten Widerstand der Hausgrundstücksspekulanten. Die Deutschnationalen wollten das Reichsmietengesetz in der Versenkung verschwinden lassen. Das Gesetz schafft trotz seiner Mängel die Grundlage, um im Interesse der Mieter weiterzuarbeiten. Der Inhaber einer Wohnung muß dem Vermieter nach dem Gesetz schriftlich erklären, daß er den gesetzlichen Mietzins fordert. Vor Inkrafttreten des Gesetzes werden den Mitgliedern entsprechende Vordrucke zugehen. Zuschläge zu dem Zinsendienst, den öffentlich-rechtlichen Lasten und den laufenden Instandsetzungsarbeiten müssen prozentual auf die Miete gelegt werden. Damit die bis jetzt oft verweigerten Instandsetzungen auch ausgeführt werden, steht dem Mieter das Recht zu, bei der Behörde zu beantragen, daß der Vermieter auch die Notstände abstellt. Der Vermieter hat dem Mieterrat die Verwendung der Instandsetzungskosten zu belegen. Für die gesetzlichen Zuschläge zu den großen Instandsetzungen muß der Vermieter bei der Behörde ein Hauskonto einrichten, damit er nicht willkürlich die Gelder verwenden kann. Gewerbliche Räume können auf Beschluß der Landesbehörde mit weiteren Zuschlägen belastet werden. Gesetzlich anerkannte Mieterhöhungen dürfen auch vor Ablauf bestehender Verträge eintreten. Die durch das Gesetz verankerten Rechte der Mitbestimmung sollen den Mieter veranlassen, sich eingehend mit dem Gesetz zu befassen, damit er in eindringlichster Weise als Mieterrat die Interessen der Mieter vertreten kann. Das Gesetz muß im Interesse des Mieterschutzes nach vier Jahren in verbesserter Form bestehen bleiben. Geschehen kann das, indem die Mieter dafür sorgen, daß die nächsten Reichstagswahlen so ausfallen, daß die jeden Mieterschutz ablehnenden bürgerlichen Parteien bedeutend geschwächt werden. Die die „Zentralhalle" dicht füllenden Mitglieder nahmen den aufklärenden Vortrag mit großem Beifall auf. Eine lebhafte Agitation unter den noch abseits stehenden Mietern muß einsetzen. Ueber die Tätigkeit des Burger Mietervereins berichtete kurz der Vorsitzende Böhning. Es hat sich gezeigt, daß es nur durch die Organisation möglich ist, geregelte Zustände im Mietwesen zu schaffen. Kleine Anfragen bildeten den Schluß der interessanten Versammlung. — Der Arbeiter-Theaterbund hielt am Sonntag eine Bezirksversammlung ab. Der Leiter des Bundes, Hinze (Berlin), hielt einen Vortrag über das Wesen wahrer Volkskunst. Es war angenehm zu hören, daß auch diese Gemeinschaft mit allen Mitteln versucht, sich in kulturfördernder Art dem Volke zur Verfügung zu stellen. Ein gemeinsames Arbeiten der Arbeiterbildungsausschüsse mit den Arbeiter-Theatervereinen kann auf diesem Gebiet gute Erfolge erzielen. — Parteiversammlung. Im „Grand Salon" findet am Donnerstag abend 8 Uhr eine wichtige Parteiversammlung statt. Parteisekretär Blum wird über die Arbeiten im Kreistag sprechen. — Der Kampf gegen die Volksseuche. Geschlechtskrank. Welche furchtbare Bedeutung dieses Wort für den einzelnen wie für die Gesamtheit eines Volkes! Gerade nach dem Kriege sind unzählige Volksgenossen beiderlei Geschlechts dieser Seuche zum Opfer gefallen. Die Bekämpfung dieser Volksseuche muß sich daher jeder angelegen sein lassen. Die Bemühungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse, durch Lichtbildervorträge Aufklärung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten zu schaffen, haben daher volle Anerkennung verdient. Auch die Bevölkerung scheint die schicksalsvolle Bedeutung der Krankheit erkannt zu haben. Nicht nur die hohe Besucherzahl bei den Frauen- wie Männervorträgen, auch die Aufmerksamkeit beim Vortrag zeigten das. Vieles haben Schule und Haus in der Aufklärung versäumt. Stadtarzt Dr. Stapff hat in seinen Vorträgen die einzelnen Stadien der Krankheit mit Hilfe des Films verständlich erklärt. Es wäre zu hoffen, daß die Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse fortfährt in der Aufklärung auch über andre Volksseuchen. —

Ihleburg, 13. März. (Eine öffentliche Versammlung) hielt der Sozialdemokratische Parteiverein ab. Der Parteisekretär Blum (Burg) behandelte in seinem Vortrag die Erfüllungspolitik und die Steuerfragen und schilderte dabei eingehend das deutsche Wirtschaftsleben. Den Ausführungen wurde mit regem Interesse gefolgt. —

Randau, 13. März. (Die Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins war gut besucht. Es wurde beschlossen, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Die vom Rittergutsbesitzer Hennige angestellte Krankenschwester ist in ihrer Agitation für die konfessionelle Schule so übereifrig, daß sie sogar Eltern ohne schulpflichtige Kinder sich in die Liste eintragen läßt. Ueber die weltliche Schule verlas Genosse Meier aus einer Broschüre einige interessante Stellen. Es wurde beschlossen, eine Versammlung abzuhalten, die Aufklärung über die weltliche Schule in die Oeffentlichkeit tragen soll. —

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

(11. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Marja hat die Fische losgemacht und die Netze zum Trocknen aufgehängt, hat die Magd an das Ufer der Schnelle, jenseits des Gehöfts, geschickt, um die dort in der Weide liegenden Fischkästen zu holen, und sie selbst sitzt neben der Netzhütte auf einem Stein und nimmt Fische aus. Schuppt sie, schneidet sie auf, spült sie und wirft sie in einen [illegible]. Nachdem sie einen ausgenommen, greift sie nach einem andern, arbeitet wie im Zorn ... Was soll ich hier noch? Mögen sie ihr Haus allein bestellen, Mutter und Sohn! Wäre Juha ein Mann, dann schaffte er mir den [illegible] vom Halse. Da er weiß, daß sie mir in der Nacht keine Ruhe, am Tage keinen Frieden läßt. Aber nein, obwohl ich ihn darum gebeten habe. Jeden Sommer läßt er sie herkommen. Fürchtet sich vor dem Drachen, wagt ihr kein Wort zu erwidern. Ertrag sie, ertrag sie noch einige Zeit. Aber muß ich es ertragen, daß sie auch meine Mutter immer schmäht? ... Einmal werde ich ihr so die Krallen zeigen, daß ...

Schemeikka machte sich vor dem Hause zu schaffen. Er schien seinen Ranzen zu packen ... Der will auch schon gehen ... Ob er wohl nur „Lebewohl" sagen wird, der [illegible], der Spötter. [illegible] mit seinen [illegible].

Marja nimmt die Fische aus, ohne den Kopf zu heben, [illegible], aber sie hört, wie jemand näher kommt, Schritt für Schritt. Jetzt ist er gerade hinter ihr, jetzt schleicht er vor sie und legt sich auf den Stein ihr gegenüber. Sie sieht seine Züge bis zu den Knien und zwischen den Knien die Hände, feine, bräunliche Hände, und sieht ihre eigenen aufgesprungenen Finger und die [illegible] Schuppen.

„Wollen wir nun gehen?" fragte Schemeikka.

„Wohin?"

„Nach Karelien, wie's verabredet ist."

„Weshalb redest Du denn wieder davon?"

„Deswegen, weil Du mir gefällst."

„Deswegen sollte ich Dir mehr gehören als andern?"

„Deswegen, weil ich es will."

Er hat sich fast über Marja gebückt.

„Deswegen, weil Du es willst?" sagt Marja, immer noch aus ihrem Trotze heraus.

„Und deswegen, weil Du selbst es auch willst. Kreisch nicht!" — Er ergreift Marjas Hand, drückt sie so, daß das Messer auf das [illegible] fällt.

„Nicht, Schemeikka — lasse mich —"

„Kommst Du mit?"

Marja versucht sich loszumachen, aber es gelingt ihr nicht. Erst als sie aufhört zu zerren, gibt Schemeikka nach. Marja ist aufgesprungen, sinkt aber zurück, wie wenn ihr der Kopf schwindelte.

„Ich gehöre ja dem andern," sagte sie fast flüsternd, in den Augen einen hilflosen, erschrockenen, wie um Erbarmen flehenden Ausdruck.

„Welchem andern?"

„Juha."

„Du gehörst ihm nicht mehr als der Vogel, den er gefangen und in seinen Käfig gesteckt hat. Wenn jemand die Tür öffnet, darfst Du fliegen, wohin Dich verlangt. Du gehörst ihm nicht mehr als das Renntier, das sich von der Tundra in das Gehege eines fremden Herrn verirrt hat."

„Wer ist denn mein richtiger Herr?"

„Ich."

„Weshalb bist Du ein richtigerer als Juha?"

„Deshalb, weil es Dich zu mir drängt und nicht zu ihm. Deshalb, weil Du von da bist, woher ich bin. Und deshalb, weil ich nicht um die Erlaubnis frage, sondern nehme, ohne zu fragen, und weil ich Dich, wenn Du nicht gutwillig kommst, mit Gewalt davonführe."

Schemeikka steht hinter ihr, spricht ihr ins Ohr, Marja ist schon, die Augen geschlossen, rücklings in seinen Armen.

„Deshalb, weil Du mich herbeigewünscht und erwartet, weil Du am Tage nach mir ausgespäht und in der Nacht Dich nach mir gesehnt, die langen Dämmerstunden bis zum Dunkel auf meine Tritte gelauscht hast!"

„Woher weißt Du das?"

Marja fährt herum und greift mit beiden Händen nach seinem Arm.

„Wenn Du in Deiner Qual neben ihm lagst, klagtest Du bei Dir: ach, wenn einer käme, der mich hier wegrisse ..."

„Woher weißt Du das?"

„Komm! Lauf zur Stromschnelle!"

„Ich darf nicht!"

„Komm — geh — dort herum! Es darf es niemand wissen."

„Ich getraue mich nicht."

„Ich habe Dich damals gesehen — Deinen ganzen Körper — Deine Brust — Deine Füße —"

Marja duckt sich, schützt sich, als sei sie nackt, Schemeikka reißt ihre Hände auseinander, Marja sammelt ihre letzte Kraft, um nicht mit dem Rücken über die hohe Schwelle der Netzhütte zu fallen, und stößt Schemeikka von sich, so daß er, mit dem Fuß in den Fischkorb geratend, stolpert und mit dem Korb ins Wasser fällt.

Als er sich wieder emporgearbeitet, war Marja verschwunden. Hinter der nächsten Insel kam ein Boot hervor, in dem vorn an den Rudern Juha und hinten eine Frau saß.

Marja war auf den Hof geflohen und hatte sich in ihrem Speicher versteckt. Sie sah Schemeikka kommen, seinen Ranzen von der Treppe des Hauses aufraffen, ihn sich über die Schulter werfen, mit erregten Schritten sich nach der Stromschnelle zu entfernen. Er hatte sich weh getan, denn er hatte eine blutige Schramme auf der Wange.

Aber kaum war Schemeikka verschwunden, als es in Marjas Innerm aufschrie: Weshalb hast du ihm das getan? Weshalb hast du ihn erzürnt? Weshalb hast du ihn von dir gestoßen, der dich retten wollte? Endlich, endlich kam der, auf den du dein Leben lang gewartet hast, kam der Stolzeste von der Welt — gab dir Seide und Gold — wollte dich mit Gewalt davontragen, dich in diesen Lumpen nehmen, das abgenutzte Gerät, das, was der andre übriggelassen! Du hast ihn von dir gestoßen, daß er sich die Stirn blutig schlug ... Im Zorn ist er gegangen, ist wohl schon in sein Boot gesprungen, saust, ohne sich umzusehen, die Stromschnelle hinab und kommt niemals wieder ...

(Fortsetzung folgt.)

Kreis Kalbe.

Barby, 14. März. (Geschäftsräume ausgeraubt.) Diebe statteten dem Modehaus Rust einen Besuch ab, wählten unter den Waren die schönsten und wertvollsten aus und verschwanden damit. Die gestohlenen Gegenstände haben einen Wert von 40 000 bis 50 000 Mark. —

Gnadau, 14. März. (Für Demokratisierung.) In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach Landrat Genosse Bergemann (Kalbe) über „Die Sozialdemokratie in Gesetzgebung und Verwaltung". Wenn es vorwärtsgehen soll, dann müssen die Parteimitglieder zu ihren an leitender Stelle stehenden Genossen vollstes Vertrauen haben und ihnen nicht bei jeder Gelegenheit durch Mißtrauen und Verdächtigungen das Arbeiten noch mehr erschweren, als es schon von den Gegnern geschieht. Durch Vertrauen zu den Führern und zielbewußte Parteiarbeit wird mehr als durch Kritisieren erreicht. Genosse Buß (Schönebeck) forderte die Genossen zu reger Werbetätigkeit für die Partei auf. —

Kalbe, 14. März. (Leichtsinn.) Ein Einwohner hatte, ohne seine Angehörigen davon in Kenntnis zu setzen, 2000 Mark in Scheinen in der Ofenfeurung aufbewahrt. Seine Frau heizte nun den Ofen an, und der hinzukommende Mann mußte zu seinem Schreck feststellen, daß die Scheine bis zur Hälfte verbrannt waren. Die Sache geht noch einmal glimpflich ab, da die Nummern der Scheine erhalten geblieben sind und noch umgetauscht werden können. — Diebstahl. In der letzten Woche wurde in Schönebeck Kupfer gestohlen, das in Kalbe verkauft werden sollte. Die Polizei wurde von dem Vorhaben benachrichtigt, und es gelang ihr, das Metall zu beschlagnahmen. Es handelte sich um einen Posten im Werte von 68 000 Mark. Kürzlich wurde schon einmal aus einem Diebstahl herrührendes Kupfer verkauft. In diesem Falle hatte das Diebsgut einen Wert von 100 000 Mark. Der Polizei gelang es, in diesem Falle die Täter zu ermitteln. — Konsumverein. Da die letzte Versammlung des Konsumvereins ergebnislos verlief, soll am Mittwoch abend im „Deutschen Haus" eine neue Generalversammlung stattfinden. Außer der Wahl des Geschäftsführers soll auch der Vorstand und der gesamte Aufsichtsrat gewählt werden. —

Pömmelte, 11. März. (Ein Judenfresser.) Der deutschnationale Graf von Alvensleben hielt neulich eine öffentliche Versammlung ab. Der Besuch war äußerst schwach. Einige Landwirte, Handwerker und zwei Frauen bildeten die ganze Versammlung. Auch ein paar Arbeiter wollten mal einen komischen Vortrag eines Grafen mit anhören. Sie kamen auf ihre Rechnung und konnten in dieser ernsten Zeit mal herzlich lachen. Denn der Herr Graf produzierte sich als Judenfresser. Mit gewaltigem Stimmenaufwand und drohend erhobenen Fäusten schimpfte er über die Sozialdemokratische Partei, über die Juden und über das jüdische Kapital. Mit den christlichen Wucherern und Schiebern befaßte er sich natürlich nicht. Die Regierung des Juden Rathenau bewillige der Entente alles, auch wenn das Volk dabei zugrunde geht. Aber — eine Armee von 400 000 Mann ist da, mit Hilfe dieser wird es mal anders. Jedenfalls beabsichtigt Herr von Alvensleben demnächst höchstselbst Frankreich den Krieg zu erklären. Zunächst betätigt er aber seine Angriffslust gegen die Sozialdemokratie. Er donnerte gegen den sozialdemokratischen Terror, so daß vor Schreck einigemal die elektrischen Lampen ausgingen. Furchtbar sei es, wenn einem Arbeiter, der eine bürgerliche Zeitung lesen wolle, das von den „Roten" verboten würde. Wie schrecklich aber würde es erst werden, wenn die freie Schule gesetzlich eingeführt wäre. Dann würden bald in allen Dörfern jüdische Lehrer sitzen und die deutsche Jugend verjuden. Ja, es ist wirklich traurig in der Republik — für einen Grafen, der sich einbildet, etwas von Politik zu verstehen. —

Unterbezirk Staßfurt-Aschersleben.

Staßfurt, 14. März. (Die Parteiversammlung) war gut besucht. Zunächst wurde beschlossen, daß das frühere Parteilokal so lange als Versammlungslokal für die Partei nicht in Betracht käme, bis dort die unbedingt notwendigen Reparaturen ausgeführt sind. Nach Erledigung des Geschäftlichen sprach Landrat Genosse Bergemann (Kalbe) über „Die sozialdemokratische Politik in Gesetzgebung und Verwaltung". An dem Vortrag schloß sich eine rege Aussprache, an der sich die Genossen Stolze, Weißflog, König, Wischeropp und Schubert beteiligten. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins Staßfurt fordert die maßgebenden Parteiinstanzen sowie die sozialdemokratischen Fraktionen in Reich und Staat auf, mit allen Mitteln auf die Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde zu dringen. Insbesondere fordern wir, daß der Sozialdemokratischen Partei der Einfluß gewährt wird, der ihr gebührt." Vom Bibliothekar der Volksbibliothek, Genossen Weiß, wurde darauf hingewiesen, daß die Bibliothek mehr als bisher von den Genossen benutzt werden möge. Genosse Wischeropp gab bekannt, daß in nächster Zeit Staatsrat Genosse Peus (Dessau) in der Volkshochschule über „Die Soziologie der Leiden" sprechen wird. In der nächsten Versammlung des Ortsvereins wird Handelsminister Genosse Siering sprechen. —

Ein Ehebruch mit Vorgeschichte.

In den letzten Tagen spielte sich vor der Zivilkammer des Landgerichts in Potsdam eine Verhandlung ab, die unter Au[...]er Oeffentlichkeit vor sich ging. Als Zeugin in einer Ehescheidungssache, die Freifrau von Plettenberg, die Ehefrau des früheren Adjutanten des verstorbenen Großherzogs von Oldenburg gegen ihren Ehemann angestrengt hatte, war Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen, geborne Prinzessin von Oldenburg, geladen. Als Scheidungsgrund gibt Freifrau von Plettenberg an: Ehebruch ihres Gatten, begangen mit der Prinzessin Eitel Friedrich. Prinzessin Eitel Friedrich sagte aus, daß ihr unlegitimer Verkehr mit dem Baron kurze Zeit nach dessen Verheiratung aufgehört habe. Freifrau von Plettenberg behauptete dagegen, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Einige Briefe der Prinzessin an Baron von Plettenberg, die wahrscheinlich von der Baronin aufgefangen oder entdeckt worden sind, sollen als Beweisstücke für diese Behauptung gelten. Der Inhalt verrät zwar vieles über eine starke Zuneigung der Prinzessin für den Baron, gibt aber kein klares Bild darüber, in welchem Augenblick die Beziehungen ihr Ende gefunden haben. — Die Prinzessin hat sich übrigens, wie die „N. B. Z." weiter berichtet, vor Gericht durchaus nicht dem Ernste der Sachlage entsprechend benommen. Als z. B. der Richter sagte: „Können kgl. Hoheit das, was Sie eben ausgesagt haben, auch beschwören?" erwiderte die Prinzessin lachend: „Ich schwöre mit dem größten Vergnügen", worauf der Vorsitzende sie darauf aufmerksam machte, daß eine derartige Bemerkung sich mit der Würde des Gerichtshof kaum vertrage.

Die Frau Eitel Friedrich hat eben nach der Hohenzollernschen Weisheit gelebt, wonach Religion, Sitte, Achtung des Eides, Treue und andre Tugenden dem Volk erhalten werden müssen; sie selbst leben besser und schöner ohne dergleichen Gewissensbeschwernisse.

Diese hohenzollernsche Ehebruchsgeschichte hat aber auch noch eine Vorgeschichte, die mehr Beachtung verdient als die Frage, ob die Frau des Prinzen Eitel-Schieberich es mit der Heiligkeit der Ehe nicht sehr genau genommen haben soll, was übrigens von ihrem Mann ebenfalls behauptet wird. Diese Vorgeschichte erscheint uns auch wichtiger, als die angeblich freimütig gemachte Aussage der Prinzessin, ihr Mann habe von ihren Beziehungen zu dem Baron v. Plettenberg gewußt. Das mag alles jenen Leuten sehr wichtig erscheinen, die in einem Hohenzollern stets den Ausbund von Tugend sahen.

Die „Vossische Zeitung" erinnert nämlich an einen Prozeß gegen die „Braunschweigische Landeszeitung" im Jahre 1903, in dessen Verlauf der verantwortliche Redakteur zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er in einer Notiz die damalige Herzogin Sophie (spätere Prinzessin Eitel Friedrich) in eine Parallele mit den Prinzessinnen von Strelitz gestellt hat. Von diesen hohen Damen war nach dem damaligen Vorsitzenden des Gerichts bekannt, daß sie in bedenklicher Weise gegen Sitte und Moral verstießen. Der Verteidiger beantragte damals die Vernehmung des Freiherrn v. Plettenberg in Washington und der Herzogin Sophie Charlotte. Die Herzogin habe Herrn von Plettenberg herzliche und innige Neigung geschenkt. Das sei der Grund gewesen, weshalb Freiherr v. Plettenberg nach Washington versetzt worden sei, und zweifellos habe auch das Verweilen der Herzogin an der Riviera dazu dienen sollen, die im Herzen der Herzogin entfachte Liebe zu ertöten. Aufgefallen sei auch, daß der Großherzog von Oldenburg im März 1904 nach Washington gereist sei, wo er 3 Tage geweilt und jedenfalls eine persönliche Unterredung mit Herrn v. Plettenberg gehabt habe.

Der Antrag wurde abgelehnt. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde u. a. hervorgehoben: ein Vorwurf, wie ihn der inkriminierte Artikel enthalte, treffe „schon ein Mädchen niedern Standes und deren ganze Familie in unangenehmster Weise". In vorliegendem Falle handle es sich um eine schwere Beleidigung einer Dame der höchsten Gesellschaftsstellung, und diese mußte vom Gericht in energischster Weise in Schutz genommen werden. Es sei daher um eine Gefängnisstrafe nicht herumzukommen gewesen.

Die „Vossische Zeitung" folgert aus den jetzigen Vorgängen, daß der Redakteur damals zu Unrecht verurteilt worden ist, weil das Gericht es ablehnte, Beweise zu erheben über die Beziehungen der Prinzessin zu v. Plettenberg, dem damaligen Adjutanten ihres Vaters, die in jenen Kreisen, die man damals Hofgesellschaft nannte, sehr genau bekannt waren. Das Blatt ist der Auffassung, der wir uns anschließen, daß durch ein Wiederaufnahmeverfahren das damalige Unrecht gutgemacht werden müsse. —

Kleine Chronik.

Eine gefährliche Landsmännin. Böse Erfahrungen machte ein Berliner Fabrikant mit der Erneurung einer Bekanntschaft aus der Leipziger Heimat. Der Mann, ein Witwer, traf ein Mädchen, das er von seiner Heimat her kannte. Die Erneurung der Bekanntschaft führte in einem Café am Potsdamer Platze zu einer Plauderstunde, bei der er auch allerhand über seine Wohnung und sein Leben erzählte. Als der Mann eines Tages nach Hause kam, fand er unter seinen Wert- und Schmucksachen, den Wäschestücken usw. gründlich aufgeräumt und etwa für 150 000 Mark Sachen gestohlen. Die Kriminalpolizei stellte jetzt fest, daß die Leipziger Bekanntschaft eine 24 Jahre alte frühere Telephonistin Berta Lampe, eine schwere Einbrecherin, ist. Sie ist wegen mehrerer schwerer Diebstähle aus Leipzig geflüchtet und treibt in Berlin ihr Unwesen, wo die Kriminalpolizei eifrig auf sie fahndet, sie jedoch noch nicht fassen konnte. —

Kesselexplosion in den Höchster Farbwerken. In den Höchster Farbwerken explodierte ein Essigsäurekessel. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet, ein dritter schwer verletzt. Ueber die Ursache der Explosion ist nichts bekannt. — Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Fabrikbahnzug der Farbwerke mit mehreren Güterwagen der Staatsbahn am Sonnabend abend wurde ein Rangierarbeiter der Farbwerke totgedrückt. —

Flucht vor Vesuvausbrüchen. Die Havas-Agentur meldet aus Neapel, der Direktor des Vesuv-Observatoriums verständigte die Behörden, daß er die Räumung der am Vesuv gelegenen 13 Ortschaften im Umkreis von 16 Kilometern für notwendig halte. Der Krater des Vesuvs ist mit dicken, schwarzen Rauchwolken umgeben. Infolge der Vesuvausbrüche haben viele Fremde in den letzten Tagen Neapel verlassen. —

Die Frechheit der Legionswerber. Ein Beispiel für die Frechheit, mit der die Werber für die Fremdenlegion vorgehen, wird der „Hagener Zeitung" aus Ostherbede berichtet. Ein 25jähriger Bergmann war von dem Führer eines Personenautos nach dem Wege nach Blankenstein gefragt worden und hatte sich bereit erklärt, eine Strecke weit mitzufahren. Unterwegs gab man ihm zwei Gläser Schnaps, die ihn besinnungslos machten. Als er aufwachte, fand er sich mit neun weiteren Opfern in einer Kaserne in Köln wieder, wo jeder unter Drohungen zur Ausfüllung eines Verpflichtungsscheins gepreßt wurde. Dem Bergmann und einem andern jungen Mann aus Buer-Erle gelang es, zu entfliehen. — Solche und ähnliche Notizen gehen von Zeit zu Zeit durch die bürgerliche deutsche Presse. Sie sind ein unverschämter Schwindel, erfunden, die „nationalen" Instinkte aufzupeitschen. Tatsächlich ist nämlich bei der Fremdenlegion ein solcher Andrang von Freiwilligen aus allen Ländern, daß die französische Regierung sie gar nicht alle aufnehmen kann. Aber es gehört zum Geschäft der nationalen Kriegshetzer immer und immer wieder die allerdümmsten Lügen in die Welt zu setzen. —

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 2.00 Mark aufgenommen.

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch abend Uebungsstunde in Kortes Bierhallen. 1894

Wasserstände.

\+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.		Fall	Wuchs
Pardubitz	13. 3. — 0,04	0,16	—
Brandeis	„ + 1,25	0,23	—
Melnik	„ + 0,92	0,36	—
Leitmeritz	„ + 0,97	0,27	—
Aussig	14. 3. + 1,11	0,21	—
Dresden	„ — 0,36	0,28	—
Torgau	„ + 2,40	0,27	—
Wittenberg	„ —	—	—
Roßlau	„ + 3,00	0,33	—
Aken	13. 3. —	—	—
Barby	14. 3. + 3,33	0,27	—
Magdeburg	„ + 2,70	0,2	—
Tangermünde	„ + 4,12	0,0?	—
Wittenberge	„ + 3,84	0,04	—
Lenzen	13. 3. + 4,15	0,05	—
Dömitz	„ + 3,49	0,03	—
Darchau	12. 3. —	—	—
Boizenburg	13. 3. —	—	—
Hohnstorf	14. 3. + 3,48	0,02	—

Mulde.		Fall	Wuchs
Düben	14. 3. + 0,90	0,11	—
Saale.			
Grochlitz	14. 3. + 2,01	0,19	—
Trotha	„ + 2,96	0,19	—
Bernburg Ntp.	„ —	—	—
Kalbe Oberpeg.	„ + 1,90	0,04	—
Kalbe Unterpeg.	„ + 1,94	0,18	—
Grizehne	„ + 2,00	0,18	—
Havel.			
Brandenburg Oberpegel	13. 3. —	—	—
Brandenburg Unterpegel	„ —	—	—
Rathenow Oberpegel	„ + 1,90	—	0,14
Rathenow Unterpegel	„ + 1,08	—	0,01
Havelberg	„ —	—	—

Wettervorhersage.

Mittwoch den 15. März: Zumeist wolkig, kühl, nirgends nennenswerte Niederschläge. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Willst du [illegible]: geh zu Prange, Berlinerstr. 29. 4486

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl.
Verkauf meterweise. Verkauf meterweise
Leckers Gelegenheitskäufe, Tischlerbrücke 33.

Burg **Geschäfts-Eröffnung!** **Burg**

Am Dienstag den 14. März, vormittags 9 Uhr, eröffneten wir in Burg, Schartauer Straße 49, Ecke Magdeburger Straße, ein

Manufakturwaren- und Konfektions-Geschäft!

Wir führen nur bewährte Qualitäten und bieten an: 4596

Rohnessel ca. 80 cm breit	Meter 18.00 16.50	**15.75**
Hemdentuch ca. 80 cm breit	Meter 22.50 19.50	**18.50**
Bettzüchen ca. 80 cm breit	Meter 34.25	**31.00**
Bettdamast ca. 80 cm breit	Meter	**52.00**
Bettdamast ca. 130 cm breit	Meter	**68.00**
Prima Bettinlett uni rot, ca. 80 cm breit	Meter	**62.00**
Prima Bettinlett uni rot, ca. 130 cm breit	Meter	**98.00**
Handtuchstoffe Gerstenkorn	Meter 25.50 22.50	**20.80**

Wir kauften sehr vorteilhaft ein und verkaufen mit ganz kleinem Nutzen!

Julius Rode & Co., Schartauer Straße 49.

Deutscher Metallarbeiter=Verband

Verwaltung Magdeburg.

Nachstehend geben wir bekannt, wann und wo die Auszahlung der **Streikunterstützung** an die Kollegen der einzelnen Firmen erfolgt:

Mittwoch den 15. März

Wintergarten (Neue Neustadt) **Aders Metallwerke** von 4 bis 5 Uhr

Marktschlößchen „ **Rudolph & Co. u. Möller & Schulze** Zahlstelle 1 von 4 bis 5 Uhr
Mundlos & Co. Zahlstelle 2 von 4 bis 5 Uhr Nr. 1—200
Zahlstelle 2 von 5 bis 6 Uhr Nr. 201—Ende

Börse „ **Alle Kleinbetriebe d. Neustadt** von 4 bis 5 Uhr Nr. 1—200
von 5 bis 6 Uhr Nr. 201—Ende

Fahne „ **Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik**
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1—150
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 151—300
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 301—500
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 501—Ende

Neuer Schwan (Leipziger Straße) **Koch, Bantelmann & Paasch** von 4 bis 5 Uhr
W. Strube und Becker & Ehrenbrecht von 5 bis 6 Uhr

Luisenpark (Wilhelmstadt) **Alle Wilhelmstädter Betriebe** von 4 bis 5 Uhr Nr. 1—200
von 5 bis 6 Uhr Nr. 201—400

Diamantbräu (Altstadt) **Alle Betriebe der Altstadt** von 4 bis 5 Uhr Nr. 1—150
von 5 bis 6 Uhr Nr. 151—Ende

Zerbster Bierhalle (Sudenburg) **Alle Kleinbetriebe der Sudenburg**
von 4 bis 5 Uhr Nr. 1—250
von 5 bis 6 Uhr Nr. 251—Ende

Eiskeller (Sudenburg) **Röhrig & König** von 4 bis 5 Uhr

Konzerthaus (Sudenburg)
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1—200
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 201—Ende

Stillers Lokal (Fermersleben) **R. Wolf**
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1— 150
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 151— 300
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 301— 450
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 451— 600
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 601— 750
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 751— 900
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 901—1050
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 1051—1200

Admiralspalast (Buckau) **Krupp-Grusonwerk**
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1—250
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 1001—1250
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 2001—2250
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 3001—3250
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 5 Nr. 4001—4250
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 6 Nr. 5001—5250
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 251—500
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 1251—1500
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 2251—2500
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 3251—3500
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 5 Nr. 4251—4500
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 6 Nr. 5251—5500
von 6 bis 7 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 501—1000
von 6 bis 7 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 1501—2000
von 6 bis 7 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 2501—3000
von 6 bis 7 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 3501—4000
von 6 bis 7 Uhr Zahlstelle 5 Nr. 4501—5000
von 6 bis 7 Uhr Zahlstelle 6 Nr. 5501—6000

Donnerstag den 16. März

Neuer Schwan (Leipziger Straße) von 4 bis 5 Uhr **C. L. Strube**

Luisenpark (Wilhelmstadt)
von 401—450 in der Zeit von 4 bis 5 Uhr
von 551 bis Ende in der Zeit von 5 bis 6 Uhr

Stillers Lokal (Fermersleben) **R. Wolf**
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1201—1350
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 1351—1500
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 1501—1650
von 4 bis 5 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 1651—1800
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1801—1950
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 1951—2100
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 2101—2250
von 5 bis 6 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 2251 b. Ende

Admiralspalast (Buckau) **Schäffer u. Budenberg**
von 4 bis 4½ Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1— 150
von 4 bis 4½ Uhr Zahlstelle 2 Nr. 151— 500
von 4 bis 4½ Uhr Zahlstelle 3 Nr. 501— 700
von 4 bis 4½ Uhr Zahlstelle 4 Nr. 701— 950
von 4½ bis 5 Uhr Zahlstelle 1 Nr. 951—1100
von 4½ bis 5 Uhr Zahlstelle 2 Nr. 1101—1300
von 4½ bis 5 Uhr Zahlstelle 3 Nr. 1301—1600
von 4½ bis 5 Uhr Zahlstelle 4 Nr. 1601—1800
von 5 bis 5½ Uhr Zahlstelle 1 Nr. 1801—1900
von 5 bis 5½ Uhr Zahlstelle 2 Nr. 1901—2000
von 5 bis 5½ Uhr Zahlstelle 3 Nr. 2001—2150
von 5 bis 5½ Uhr Zahlstelle 4 Nr. 2151 b. Ende

Die Verwaltung.

Haemacolade 4466
Karton statt 5,50 Mk. jetzt 3,80 Mk.
C. F. Seyer, Kaiserstr. 97.

Unreines Blut 4556
beseitigen Sie durch die Blutreinigung mittel der **Hof-Apotheke** Breiteweg 158.

Eleg. Plüschsofas
Prima Chaiselongues.
Sohestockeft 41, Böttcher

Pelzfellern ... Sofas
Pelzmäntel ...
Hermelinpelz verl. Geg.

! Kein Laden !
Etagen-Geschäft
Ueberzeugen Sie sich, bevor Sie anderweitig kaufen, von meinen
sehr billigen Preisen!
Damen-Mäntel ... 250
Kostüme ... 180
Röcke ... 75
Kleider, Strickjacken Jumper
Konfirmanden- und Herren-Anzügen
... 450
Hosen ... 75
Sieverlings
Etagen-Geschäft
17 Jakobstraße Nr. 17
! Kein Laden !

Todschick
färben und reinigen wir Ihre Garderobe in kürzester Frist und bester Ausführung.
Telephon 1105
Aug. Leis Nachfolger 4507

Deutscher Eisenbahnerverband
Ortsverwaltung Magdeburg, Kaiserstr. 41a.
Am Donnerstag den 16. d. M., abends 7½ Uhr, findet für unsere Mitglieder in der Aula der Luisenschule, Breiteweg (Eingang neben der Hauptpost) ein
Lichtbilder=Vortrag
über die
Deutsche Reichsverfassung
statt. — Referent ist Genosse Müller (Halle).
Wir ersuchen alle Kollegen, diese interessante und lehrreiche Veranstaltung zahlreich zu besuchen. Eintritt ist kostenlos. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Für die Frühjahrsarbeit im Garten!
... Monatskalender für den Obstbau, Gemüsebau, ... für den Garten, Die Gartenlaube, ... Der Vorgarten, Ziersträucher und viele andere.
Preis jeder Nummer 2.00 Mk.
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Händler und Wiederverkäufer
sowie Private kaufen sehr preiswert
Manchester-, Pilot-, feldgraue, gestreifte und Reithosen 4532
sowie sämtliche Stoffe
= Weiss- und Wollwaren =
bei **J. Schächter & A. Wiesner,**
Gelegenheitskäufe,
Magdeburg, Neustädter Straße 11.
— Telephon 3863 und 5885. —

Schafwolle, Strumpfabfälle
tauschen Sie immer am vorteilhaftesten gegen prima Strickwolle (Kammgarn) und Stoffe um.
Kein Warten, Strickgarne sofort mitnehmbar.
Schafwolle jedes Quantums wird angekauft.
Strickgarn-Engros, Strickgarn-Einzelverkauf. 5593
Woll-Umtausch-Zentrale Magdeburg
Breiteweg Schildergasse 2/3, neben Café Peters.

Edelmetallverwertung
Emeg
G. m. b. H. Telephon 4954.
Kleine Steinernetischstraße 5, I.
Wir behaupten nicht
daß wir die höchsten Preise zahlen, aber
das Publikum. 6097
Ständiger Ankauf auch kleinerer Mengen von
Gold- / Silber- / Platin- Bruch und andern Edelmetallen.
Anfragen, auch von auswärts, werden prompt erledigt. — Händler Extrapreise!

Ankäufe
Frauenhaar
... 18
Tischlerwerkzeug
zu kauf. ges. ...
Briefmarken
...

Kaufe und zahle je nach Dollarkurs 6041
Goldbruch
333 48—52, 750 117—123, 585 87—93 Mk.
Silber, Platinbruch
Alte Gebisse pro Zahn 33.00 Mk.
Gold- u. Silberuhren
E. Wrede
Himmelreichstraße 3
im Hause des ...
Preise freibleibend bei Dollarsturz.

Gold=
Silberbruch, Gebisse
kauft zu konkurrenzl. Preis.
Müller, Goldschmied,
Dorotheenstr. 7, 2 Tr. 5921

Zahle für rohe
Kaninfelle
200—250 Gr. Trockengew., gut gespannt u. getrocknet,
15—35 Mk. pro Stck.
Maulwurf, Hamster, Hasen, Iltis, Marder, Füchse zu höchst. Tagespreisen. 4444
Kürschnerei Schmied, Pappelallee 28 Eingang Hof links

Gold=, Silber=, Platinbruch
kauft zu höchsten Preisen
A. Sänger
Juweller 4465
Wilhelmstraße 17.

Zahle
für Bezüge bis 700.*M*, Laken u. Hemden bis 70.*M*, Handtücher bis 18.*M*
Kaufe Betten, ganze Nachlässe. Frau Klein, Kaiserstraße 44a, pt. 15768

Bevor Sie verkaufen
erst bei mir unentgeltlich wiegen u. taxieren lassen! Kein Verkaufszwang!! Ueberbiete jeden Preis f. Bruch u. Gegenstände aus
Gold
Ketten, Ringe, Uhren,
Silber
Münzensammel., Best.,
Platin
alte Gebisse
Brennstifte, Kontakte
Brillanten
Hauffe
Breiteweg 94, ... Eing. Gr. Steinernetischstr. im Hause Café Royal

Selbstrasierer
decken vorteilhaft ihren Bedarf bei
R. Blume, Katharinenstr. 12
(3. Haus vom Breiten Weg)
Feinschl. u. Messerschmiede.

Roßfleisch!
heute frisch geschlachtet u. sämtl. Rauchwaren empf.
Gustav Linde
Hubertusstraße Nr. 2.

Viehmarkt
Treffe heute mit einem Transport großer u. kleiner
Futterschweine
ein. Jäger, Alt-Fermersleben 25. 6035

Arbeitsmarkt

1 nett. Mädchen
oder Stütze mit guten Zeugnissen zum 1. April oder 1. Mai gesucht.
Frau Else Schrader Egeln, Breiteweg 73.

1 Stellmachergeselle sof. f. dauernd ges. H. Köhne, Stellmacher, m. Kraftbetr., Kl.-Wanzleben, Nr. Wanzlb.

Tücht. Tischler für eich. Möbel stellt ein Schmidt, Löbke & Co., Morgenstraße 14. 6043

Mädchen
für alles gesucht zum 1. April (1 Person).
Frau Emma Proelß, Magdebg.-Neue Neustadt, Abendstraße 5.

Mädchen f. alles
gesucht für sofort oder 1. April (4 Pers.). 6029
Frau Luise Dammann, Kaiser-Wilhelmstr. 12
Eing. Königgrätzer Straße

Zum Antritt für ... oder 1. April suchen für unser Genesungs... in Wernigerode am ...
ein sauberes
Küchenmädch...
18—20 Jahre, das be... im Haushalt tätig ge... ist. Hoher Lohn. Zu ... Allgem. Ortskran... kasse, Magdebu g, ... gierungstr. 1, I, Zimm...

Selbständiger
Geldschrankschlosser
gesucht.
Friedrich Schrad...
Geldschrankfabri...
Biederitzer Weg ...

Schuhmacher-Lehrli...
zu Ostern gesucht.
Joh. Reimers, ... straße 37.

Lehrlin...
Sohn achtbarer Eltern ... guten Schulzeugnissen ... meine Werkstatt zu O... gesucht.
Rudolf Ha...
(vorm. A. Rose...)
Breiteweg Nr. ...

Städt. Arbeitsa...
Gesucht werden:
Vermittlungsstelle ... jugendliche Fabri... beiterinnen.
Ca. 10 junge Mädche... Alter bis zu 16 J... als Laufmädchen ... Geschäftshäuser.
Vermittlungsstelle ... Hausangestellte...
6 Kindergärtnerinn... und 2. Klasse
3 Kinderfrl. für ...
14 perfekte Köchinne...
28 gewandte und ein... Hausmädchen
19 selbst. u. einf. St...
290 Mädchen f. alle ... mit u. ohne Kochke...
Ausweispapiere sind ... zubringen. Rückpor... beizufügen.
Vermittlung koste...

Mehrere Großstück- und Westenschneider
für dauernde Beschäftigung gesucht.
H. Esders & Co.
Breiteweg 45/47. 4514